

Wöchentlich 80 Pf., monatlich 2.60 M. (davon 90 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus schickbar. Postbezug 4.32 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren. Auslandsendungen 6.— M. pro Monat für Käufer mit ermäßigtem Drucklohn 3.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem „Licht“, „Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Nonpareilgröße 80 Pf. Textzeile 2.— M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pf. (zählend zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pf. Kabott II. Textzeile 15 Pf. jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 M. Familienanzeigen Seite 60 M. Angelegenheiten im Hauptgeschäftsbereich 2. wochentags von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Uebersetzung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Döndhoff (A 7) 292-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Volksbankkonto: Berlin 27556. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 8. Dr. S. u. Disc.-Ges., Depositent., Jerusalemstr. 65-66.

Friedensstörer Japan!

Ergebnis der Verhandlungen in Genf.

Genf, 23. September. (Eigenbericht.)

Die Geheimniszung des Völkerbunds heute abend dauerte fast drei Stunden. Wiederum weigerte sich der japanische Vertreter Yoshizawa, Angaben über den Stand der Ereignisse in der Mandchurei zu machen. Es folgte eine lange Auseinandersetzung zwischen Yoshizawa und dem chinesischen Vertreter Sze über die militärischen Maßnahmen von beiden Seiten. Der Rat ging ohne jede Stellungnahme auseinander; er wird morgen den ganzen Tag über in seinen Beratungen fortfahren.

Die Stellung Japans ergibt sich aus den Erläuterungen Yoshizawas vor den Journalisten, die den Ausgang der Ratstagung abgewartet hatten. Seine Regierung werde alles tun, um den Konflikt zu lokalisieren. Aber sie müsse den Schutz ihrer Interessen unbedingt (!) durchführen.

Das heißt also, daß Japan in seiner Befehlsaktion schon zu weit gegangen ist, um dem Druck des Völkerbunds weichen zu können, wenn es nicht sein gesamtes Prestige in der Mandchurei aufs Spiel setzen will.

Es fürchtet offenbar, daß dann seine großen Investitionen verlorengehen könnten. Es scheint mir möglich zu sein, die Befestigung der südlichen Mandchurei rückgängig zu machen, wenn Amerika und England gemeinsam intervenieren. Wie man hört, bemüht Rußland vorläufig eine abwartende Haltung. Falls aber die Befestigung der Südmandchurei durch Japan vom Völkerbund nicht verhindert werden kann, besteht die Wahrscheinlichkeit, daß

Rußland die Nordmandchurei unter gleichem Vorwand wie Japan den Süden besetzt

wird, da es für seine dortige Bahn und seine Investitionen ebenfalls den Verlust befürchten muß. Die Kriegsgefahr im Fernen Osten wird immer drohender.

Amerika nimmt teil — aber drückt sich.

Genf, 23. September. (Eigenbericht.)

Die für Mittwochabend angelegte öffentliche Ratstagung, die sich mit dem Konflikt in der Mandchurei befassen sollte, wurde plötzlich abgesetzt. Der Rat trat zu einer Geheimniszung zusammen.

Amerika, das durch seinen Gesandten in Belgien, Wilson, an den Beratungen des Rates teilnimmt, hat sich bisher geweigert, auf Japan ebenfalls einen Druck auszuüben bzw. sich an der Entsendung einer Militärkommission in die Mandchurei zu beteiligen. China beabsichtigt deshalb, nunmehr den Rat auf Grund des Artikels 15 des Völkerbundsvertrages anzurufen. Der Rat könnte auf Grund dieses Artikels eine viel schärfere Entscheidung als bisher treffen.

Der Vertreter Japans erklärte auf die Frage, ob er Instruktionen seiner Regierung habe, man habe ihn davon unterrichtet, daß Japan keinen Krieg wolle, aber aus Sicherheitsgründen gezwungen sei, weitere Befehle vorzunehmen. (!)

Heute Debatte im Genfer Plenum.

Genf, 23. September.

Von chinesischer Seite wird nach wie vor die sofortige glatte Zurückziehung der japanischen Truppen verlangt, die bei der Gegenpartei auf erhebliche Schwierigkeiten und Bedenken stößt. Dagegen hat sich der japanische Vertreter nach langem Drängen der übrigen Ratsmitglieder bereit erklärt, seiner Regierung telegraphisch die Zustimmung zur Entsendung einer Kommission neutraler Beobachter in die Mandchurei vorzuschlagen.

Was die besonders heikle Frage der Beteiligung der außerhalb des Völkerbunds stehenden Mächte der Lösung des gegenwärtigen Konflikts betrifft, so hat die Regierung der Vereinigten Staaten heute mitteilen lassen, daß sie sich an einer Untersuchung des Sachverhalts in der Mandchurei im Augenblick nicht beteiligen würde.

Dagegen verlautet, daß der Präsident des Völkerbundsrates beabsichtigt, morgen in irgendeiner Form die Völkerbundsversammlung mit der Angelegenheit zu befragen.

Japans Starrheit.

Tokio, 23. September.

Das japanische Kabinett hat nach längeren Beratungen den Vorschlag des Völkerbundsrates, eine Sonderkommission zur Untersuchung des Auðentonsflikts einzusetzen, abgelehnt. Zu der Entschärfung des Völkerbundsrates, die Japan zur

Zurückziehung der Truppen auffordert, erklärte der japanische Kriegsminister, die japanische Regierung sei dazu bereit, sobald die Umstände eine Zurückziehung ermöglichen. (!) Japan sei jedoch auf Grund der Verträge berechtigt, auf jeden Kilometer der südmandschurischen Eisenbahn 15 Soldaten zu unterhalten, was insgesamt 15 000 Mann ausmache, während gegenwärtig nur 14 000 in der Mandchurei ständen.

Die japanische Regierung vertritt im übrigen, wie verlautet, den Standpunkt, daß die Aufregungen in der Mandchurei lediglich als Zwischenfälle zu betrachten seien, die durch die Notwendigkeit hervorgerufen wurden, die von China verletzten Rechte Japans zu schützen. Infolgedessen müsse die japanische Regierung es ablehnen, daß der Völkerbund oder irgendeine andere Nation den Kellogg-Pakt in Anspruch nehme. Nach japanischer Ansicht müsse der Streitfall von China und Japan allein ausgetragen werden.

Eine Erklärung der Kuomintang. — Drei Amerikaner getötet?

Die Berliner Kuomintang hat folgendes Telegramm aus China erhalten: Drei amerikanische Staatsangehörige von der British American Tobacco-Company in Mukden sind von japanischen Soldaten getötet worden. Zum Bürgermeister von Mukden hat Japan einen Obersten ernannt, der bisher stets für den Krieg gegen China eingetreten ist. Er zwang die Bevölkerung, die japanische Sprache zu lernen. Sämtliche Straßenhändler sind in japanischer Sprache umgehändert worden. Japanische Flugzeug haben in der Gegend von Sinkingden und Dofusam Bomben abgeworfen und die Bevölkerung auf den Straßen in Mukden mit Maschinengewehren beschossen.

Die japanische Flotte ist in Kagasaki zusammengezogen und wartet dort auf den Befehl zum Auslaufen. Gleichzeitig sind von Doiren aus große Marineeinheiten nach Tientsin und Tsingtau abgegangen. Die chinesische Polizei in Tschantschun wurde gefangen genommen. Bei der Besetzung Tschantschuns durch japanische Truppen haben zahlreiche Personen ihr Leben verloren, viele Gebäude wurden zerstört.

In Schanghai sind mehrere japanische Zerstörer eingetroffen mit dem Auftrage, die dortige japanische Kolonie zu schützen. Die chinesische Bevölkerung in Schanghai, Hankau, Tientsin, Peking, Kanking ist in größter Aufregung.

Es ist eine einzig dastehende Ungerechtheit und Unmenslichkeit, daß Japan gerade jetzt, wo China unter der Ueberflutungskatastrophe leidet, diesen Ueberfall unternommen hat. Das chinesische Volk verlangt von der Nationalregierung die notwendige Bereitschaft, und ist selbst bereit, jederzeit fürs Vaterland zu sterben.

Oesterreichs Sanierung.

Sozialdemokraten für Ersparnis, aber gegen Kürzung der Sozialausgaben.

Wien, 23. September. (Eigenbericht.)

Im Hauptausschuß des Nationalrats erstattete Bundeskanzler Buresch am Dienstag Bericht über seine Genfer Verhandlungen. Der Hauptausschuß gab dann einstimmig seine Zustimmung dazu, daß durch Ersparungen die Ausgaben auf höchstens 1900 Millionen Schilling herabgesetzt und die Einnahmen mit 2000 Millionen Schilling festgelegt werden. Davon sind 100 Millionen für die Tilgung kurzfristiger Schulden bestimmt. Für das Jahr 1931 bedeutet das eine Ersparung von 35 Millionen Schilling.

Der Bundeskanzler erklärte, daß die Hälfte der Ersparungen durch Verminderung des Personalaufwandes gedeckt werden solle. Die Sozialdemokraten erklärten, daß sie die Herabsetzung der Ausgaben auf 1900 Millionen Schilling für möglich halten, aber jede Senkung der Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung und die Krisenfürsorge entschieden ablehnten. Kürzungen der Ausgaben seien beim Bundesheer, bei der Polizei und der Gendarmerie möglich. Die Erhöhung der Einnahmen sei durch Erhöhung der Steuern auf große Einkommen und Vermögen gegeben. Eine Herabsetzung der Beamtenbezüge halte sie nur für möglich, solange ihre Forderungen nicht erfüllt seien.

Der Bundeskanzler erklärte zum Schluß der Sitzung, daß er das Parlament für den 30. September einberufen und dort seine Vorträge einbringen werde.

Das Reichskabinett tagt.

Vorbereitung des Winterprogramms.

Das Reichskabinett tritt am Donnerstagsvormittag wieder zu einer Kabinettsitzung zusammen. Die Tagesordnung, deren Beratung mehrere Tage in Anspruch nehmen dürfte, umfaßt 32 Punkte. Das Ergebnis der Beratungen soll in einer Notverordnung zusammengefaßt werden.

Genf und die Mandchurei.

Eine Schicksalsfrage für den Völkerbund.

Es läßt sich nicht leugnen, daß der Völkerbund eine Vertrauenskrise durchmacht. Die reaktionären Machtpolitiker weisen mit Vorliebe darauf hin, daß bisher weder in der Abrüstung noch in der Bekämpfung der Wirtschaftskrise etwas Positives in Genf erreicht wurde. Diese Kritik mag zum Teil ungerichtet sein, zumal sie dem Völkerbund als solchem eine Verantwortung zuschiebt, die in Wirklichkeit nur die gegenwärtigen Regierungen tragen. Aber diese Kritik ist nun einmal vorhanden, und es ist unbestreitbar, daß sie immer breitere Massen in allen Ländern erfaßt. Bisher konnte man immerhin den grundsätzlichen Bemerkungen des Völkerbundes entgegenhalten, daß in mindestens zwei Fällen ein drohender Krieg durch sofortiges Eingreifen des Rates verhindert worden sei: im November 1925 bei einem schweren Grenzzwischenfall zwischen Griechenland und Bulgarien und im Dezember 1928 bei einem akuten Konflikt in Gran Chaco zwischen Bolivien und Paraguay.

Dieses Argument verfehlt zwar seinen Eindruck auf die sachlichen Beurteiler des Völkerbundes nicht, aber es wird meist mit der Gegenfrage beantwortet: Würde der Völkerbund auch den Willen und die Kraft haben, einen kriegerischen Konflikt zu verhindern, in den eine Großmacht mit ständigem Ratsstich verwickelt wäre? Bis zu einem gewissen Grade kann man auch diese Frage auf Grund eines Präzedenzfalles positiv beantworten: im September 1923 gelang es dem Völkerbund, nach der Beschleßung von Korfu durch die Flotte Mussolinis, Italien zur Einstellung der feindseligkeiten zu bewegen und den Ursachen zum Teil Genugtuung zu verschaffen. Die Befestigung dieses letzteren Zwischenfalles, bei dem Italien sich klar ins Unrecht gesetzt hatte, erfolgte unter wenig erbaulichen Begleitumständen durch ein faules Kompromiß. Das Urteil des Völkerbundes hätte, um wirklich gerecht zu sein, viel härter gegen Italien ausfallen müssen. Man empfand es aber damals schon als einen Erfolg, daß Italien, nachdem es zunächst durch Salandra die Zuständigkeit des Völkerbundes überhaupt bestritten hatte, schließlich unter dem Druck Englands von dieser grundsätzlichen Ablehnung abging. Das war freilich ein Jahr nach dem Marsch auf Rom. Mussolinis Stellung im Innern war noch sehr unsicher, die Rüstungen Italiens noch bei weitem nicht so fortgeschritten wie heute. Wer weiß, ob in einem ähnlichen Fall und unter den gegenwärtigen Umständen der Völkerbund den Mut aufbringen würde, gegen Italien klar Stellung zu nehmen. Und wer weiß, ob er die Kraft besitzen würde, sich heute bei der Regierung Mussolinis Respekt zu verschaffen. Diese Frage ist schon deshalb angebracht, weil man es vor drei Jahren erlebte, daß bei einem akuten Konflikt um Albanien der Völkerbundsrat vor der drohenden Haltung Italiens zurückschwich und mit Mühe und Not Jugoslawien davon abbringen konnte, den Völkerbund offiziell anzurufen. Alle aufrichtigen Freunde des Völkerbundes und des Friedens haben damals dieses Ausweichen außerordentlich bedauert. Denn es wurde damit ein Präzedenzfall geschaffen, der den Skeptikern recht zu geben schien. Indessen konnte auch dieser Zwischenfall, wenn nicht formell durch den Völkerbundsrat, so doch durch eine vom Rat gebilligte diplomatische Aktion der Großmächte ohne kriegerische Verwicklungen aus der Welt geschafft werden; und das war ja schließlich die Hauptsache.

Unvergleichlich ernster ist jedoch die Situation, vor die der Völkerbund durch die Ereignisse in der Mandchurei oder, besser gesagt, durch die Haltung Japans gestellt ist. Gleichviel, was sich in Mukden und Umgebung ursprünglich abgespielt haben mag, völkerrechtlich liegt der Fall ganz klar: China hat in Ausübung seines Rechtes als Mitglied des Völkerbundes den Rat angezurnen. Japan hat zunächst versucht, Zeit zu gewinnen. Sein Vertreter erklärte am Sonnabend, daß er Informationen seiner Regierung erwarte, am Dienstagvormittag war er aber angeblich noch immer nicht im Besitz von Instruktionen und gab dafür allerhand Erklärungen ab, die das japanische Vorgehen in der Mandchurei in das denkbar ungünstigste Licht rückten: er sprach von den Milliarden, die Japan in der Mandchurei investiert habe und die zu schützen sein gutes Recht sei. Dieses zynische Bekenntnis zum militaristischen und wirtschaftlichen Imperialismus wurde jedoch noch verschlimmert durch die am Dienstagabend ausgesprochene Weigerung Japans, eine Untersuchung an Ort und Stelle durch die Militärattachés der fremden Mächte anzunehmen, wie sie im Rate angeregt wurde. Mit

einer solchen Haltung hatte sich Japan bereits vor aller Welt klar ins Unrecht gesetzt.

Nun kommt aber das Schlimmere. Als vorläufiges Ergebnis hatte der Ratspräsident, der Spanier Ferrou, einen Beschluß verkündet, dessen erster Punkt dahin ging, „eine dringende Aufforderung an beide Regierungen zu richten, sich jeder Handlung zu enthalten, die eine Verschlechterung der Lage herbeiführen oder die friedliche Regelung der Frage präjudizieren könnte.“

Dessenungeachtet haben die japanischen Truppen ihren Vormarsch in der Mandchurei inzwischen fortgesetzt. Mit der Begründung, daß auch in der nördlichen Mandchurei japanische Menschenleben und materielle Güter gefährdet seien, schicken sie sich an, nach Mukden nun auch Chharbin zu besetzen. Das ist nicht nur eine Herausforderung des Völkerbundes, sondern darüber hinaus eine ungeheure Verschärfung des Konfliktes auch nach einer anderen Richtung hin. Die japanische Regierung ist sich natürlich dessen voll bewußt, daß sie mit ihrem Vordringen auf Chharbin in die sogenannte Interessensphäre der Sowjetunion gerät und daß sie damit einen vielleicht noch gefährlicheren Konflikt als mit China heraufbeschwört.

Angesichts dieses frevelhaften Vorgehens ist es die dringende Pflicht des Völkerbundes, ohne Zögern und ohne Rücksicht zu handeln, und zwar gegen Japan zu handeln. China steht gegenwärtig völlig aus dem Spiele. Es hat durchaus loyal gehandelt, indem es nicht nur den Rat um Hilfe ersuchte, sondern im voraus erklärte, jede Entscheidung, die er treffen würde, anzunehmen. Japan dagegen hat zunächst offenkundig passive Resistenz geübt, sodann direkte Sabotage, und schließlich ist es zur bewußten Brüstung des Völkerbundes durch Ignorierung seiner Friedensmahnungen übergegangen. Gegenwärtig herrscht in Tokio eine reaktionär-nationalistische Regierung. Diese spekuliert offenbar einerseits auf die Ohnmacht Chinas, andererseits auf die Aktionsunfähigkeit der westeuropäischen Großmächte. Sie weiß, daß die chinesische Republik durch Bürgerkrieg, Hungersnot und Naturkatastrophen gegenwärtig daran gehindert ist, ihr einen erfolgreichen militärischen Widerstand entgegenzusetzen. Sie hofft außerdem, daß die heutige Wirtschaft- und Finanzkrise, die in Europa und Amerika wütet, die Großmächte daran hindern wird, energisch zugunsten Chinas einzugreifen. Wahrscheinlich ist ihr ganzes Vorgehen in der Mandchurei überhaupt nur unter diesem doppelten Gesichtspunkt erfolgt, und alle von ihr vorgebrachten Gründe sind lediglich üble Vorwände: die allgemeine westpolitische Situation erschien den Japanern günstig, um jenen imperialistischen Raubzug durchzuführen, der seit Jahrzehnten das eigentliche Ziel der japanischen Expansionspolitik ist: die förmliche Eroberung der gesamten Mandchurei.

Alle Meldungen, die am Mittwochabend aus Genf eingelaufen sind, bestätigen, daß sich in den letzten Stunden die Lage nur noch verschärft hat. Japan geht so weit, die Anwendbarkeit des Kellogg-Paktes mit der fadenstehenden Begründung zu bestreiten, daß hier nicht ein Krieg, sondern nur ein „Zwischenfall“ vorliege! Das japanische Kabinett lehnt nach wie vor die beantragte Untersuchungskommission des Völkerbundes ab und schlägt dafür immer wieder „direkte“ Verhandlungen zwischen Japan und China vor. Damit meint Japan offenbar Verhandlungen mit den ohnmächtigen, unzuverlässigen, von Peking praktisch unabhängigen und wahrscheinlich sogar zum Teil besieglichen chinesischen Marschällen in der Mandchurei. Es folgt damit dem sehr bösen Beispiel, das der sowjetrussische Imperialismus vor zwei Jahren gegeben hatte, als es zu blutigen Konflikten in der nördlichen Mandchurei gekommen war: auch damals lehnte Moskau jede Anwendung des Völkerbundsstatuts oder des Kellogg-Paktes mit der Begründung ab, daß es sich mit dem örtlichen Militärbefehlshaber der Mandchurei „direkt“ verständigen werde.

Es ist gewiß die Pflicht des Völkerbundes, eine möglichst freundschaftliche Lösung solcher Konflikte zu erstreben, solange die Aussicht besteht, ein anständiges Kompromiß zu erreichen und damit einen Machtanspruch zu vermeiden. Aber die Suche nach einem Kompromiß muß natürlich ihre Grenze haben, sobald feststeht, daß die eine Konfliktpartei offenkundig bösen Willens ist. Das bisherige Verhalten Japans hat diesen Beweis mehr als genügend erbracht. Die psychologische Lage für den Völkerbund ist insofern günstig, als gegenwärtig noch seine Vollversammlung in Genf versammelt ist. Aber gerade diese Tatsache macht es dem Völkerbund zur doppelten Pflicht, eine klare Entscheidung zu treffen, noch ehe die Jahresversammlung geschlossen wird. Die japanische Regierung täuscht sich, wenn sie glaubt, daß die europäischen Wirtschaftsjahren so groß sind, daß die Großmächte nicht fähig sein werden, gegen ihren imperialistischen Friedensbruch Stellung zu nehmen. Selbst die sensationellen Vorgänge in England und alle sonstigen Sorgen der europäischen Völker haben die öffentliche Meinung der Welt von den Ereignissen im Fernen Osten nicht abzulenken vermocht. Sie verfolgt vielmehr mit größtem Interesse, mit wachsender Besorgnis, aber auch mit stärkster Empörung nicht nur, was sich in der Mandchurei ereignet, sondern auch was sich in Genf abspielt. Und deshalb würde es für den Völkerbund eine moralische Katastrophe sein, von der er sich vielleicht nicht wieder erholen würde, wenn nicht von Genf aus den Japanern ein energisches Halt zugerufen wird. Den Imperialisten in Tokio muß klargemacht werden, daß sogar in der heutigen verworrenen Zeit der Völkerbund in der Lage ist, einen schwächeren Staat gegen eine Großmacht wirksam zu schützen und daß zumindest die im Statut vorgesehenen gemeinsamen wirtschaftlichen Zwangsmahnahmen kein leeres Versprechen, sondern eine machtpolitische Realität sind.

Zeltungsbericht. Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat die nationalsozialistische Tageszeitung „Oberbergischer Boten“ in Waldbröl wegen Beschimpfung des Reichsaussenministers Dr. Curtius auf die Dauer von einer Woche verboten.

Gegen die Hexpropaganda.

Eine Rede des preussischen Innenministers.

Am Mittwoch, dem 23. September 1931, fand im preussischen Ministerium des Innern eine Konferenz der preussischen Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten statt, an der auch Vertreter der anderen preussischen Ressorts teilnahmen. Die Konferenz, die der preussische Minister des Innern, Severing, leitete, wurde von ihm mit einer längeren Ansprache eröffnet. Der Minister führte nach den einleitenden Begrüßungsworten ungefähr folgendes aus:

Die nächsten Monate werden zwei Probleme in den Vordergrund für Deutschland und vor allem für die preussische Verwaltung stellen.

Wie können wir die wachsende Verheerung durch die radikalen Parteien eindämmen? Wie sehen wir Gemeinden und Staat in den Stand, ihre Aufgaben angesichts der schwierigen finanziellen Lage zu meistern?

Diese beiden Fragen stehen im engen Zusammenhang, denn die schwierige wirtschaftliche Lage gibt der Agitation der radikalen Flügelparteien immer wieder neuen Auftrieb und verschafft ihnen Zulau. Schon im Herbst vorigen Jahres war es zu erkennen, daß neben der allgemeinen Erhöhung der Arbeitslosenzahl vor allem die Zahl der Wohlfahrtsberechtigten stärker ansteigen würde. Die preussische Staatsregierung, vor allem das preussische Ministerium des Innern, ist deshalb wiederholt rechtzeitig bei der Reichsregierung vorstellig geworden, um die daraus für die Gemeinden sich ergebenden schweren finanziellen Folgen zu mildern. Die Reichsregierung hat die Berechtigung unserer Wünsche dem Grundsatze nach anerkannt. Sowohl der Reichskanzler wie der Reichsfinanzminister erklärten, daß gar nicht daran zu denken sei, daß auch nur der größere Teil des gemeindlichen Defizits — für Breußen im Betrage von rund 500 Millionen Mark — vom Reich übernommen würde. Nur eine Hilfe bei dem Tragen der Kosten für die Wohlfahrtsberechtigten wurde vom Reich zugesagt, aber auch diese Zusage an die strenge Bedingung geknüpft, daß Staat und Gemeinden rücksichtslos ihre Ausgaben auf ein Mindestmaß herab zu schrauben. Deshalb muß das Innenministerium den Gemeinden immer wieder allergrößte Sparsamkeit zur unabwendbaren Pflicht machen.

In seinen weiteren Ausführungen ging dann der Minister auf die letzte Notverordnung der preussischen Staatsregierung ein und wies darauf hin, daß trotz aller gegenteiligen Behauptungen diese Notverordnung keine Ausnahmebehandlung der Beamten sei. Die vielfache Kritik, die gerade aus Beamtenkreisen an der Notverordnung in ihren Einzelheiten geübt wurde, überläßt die Tatsache, daß eine allgemeine Herabsetzung der Beamtengehälter einen neuen Abbau der Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angehörigen der Privatwirtschaft eingeleitet hätte, der in seinen Auswirkungen dann wieder zu einem weiteren Gehaltsabbau für die Beamten geführt hätte. Um dieses zu vermeiden, habe die preussische Staatsregierung den Weg des kleineren Übels gewählt und bei den einzelnen Kategorien Einsparungen vorgenommen. Die preussische Staatsregierung habe sich in einer Zwangslage befunden, der sich selbst ein rein aus Berufsbeamten zusammengesetztes Kabinett nicht hätte entziehen können.

Bei dieser allgemeinen Einsparung — so fuhr der Minister fort — konnte natürlich nicht an den Kommunen vorbeigegangen werden.

Es ist eine falsche, wenn auch leider weit verbreitete Auffassung, daß die Gemeinden besonders verheerend gewirtschaftet hätten.

Die preussische Staatsregierung hat sich durch diese falsche, in der Öffentlichkeit bestehende Meinung, die durch einen wahren Feldzug der Wirtschaft gegen führende kommunale Beamte genährt wurde, nicht beeinflussen lassen. Aber wir müssen auch offen zugeben, daß hier und da bei der Besoldung leitender Kommunalbeamter das richtige Maß nicht innegehalten worden ist. Eine Neuordnung war also in dieser Notzeit unvermeidlich. Es muß für die kommunalen Beamten der Grundsatz gelten: Die vergleichbaren Beamtengruppen in Gemeinden, Staat und Reich müssen auch gleich besoldet werden.

Die radikalen politischen Flügelparteien versuchen natürlich, aus den Sparsamnahmen der preussischen Staatsregierung Kapital zu schlagen. Die ungünstige wirtschaftliche Lage fördert dieses Treiben und führt ihnen trotz der festzustellenden Apathie in den Massen der Wähler, die sich auch beim Volksentscheid gezeigt hat, neue Anhänger zu.

Trotzdem ist alles Gerede von bevorstehenden Putsch und gewalttätigen Erhebungen grundlos. Ein offener Putsch würde durch die Machtmittel des Staates sofort niedergeschlagen werden.

Aber die dauernden Drohungen, die täglichen Zusammenstöße, schaffen eine Beunruhigung der Öffentlichkeit, die gerade in den kommenden Monaten zu einer schweren Schädigung werden kann. Dieses schmelzende, glimmende Feuer, das nie zu offener Flamme emporschlägt, schadet auch dem Ansehen und dem Kredit Deutschlands mehr als alles andere. Deshalb ist es Pflicht der leitenden politischen Beamten, in den Provinzen, Bezirken und Kreisen der Meinung entgegenzutreten, als ob wir kurz vor dem Augenblick stünden, in dem die eine oder andere radikale Partei vor der Übernahme der Macht in Staat stünde. Wir müssen mit allen Kräften beweisen, daß die Staatsgewalt unverfehrt vorhanden und bereit ist. Wir müssen auch nachdrücklich dem übertriebenen Pessimismus entgegenzutreten, daß der kommende Winter das deutsche Volk in eine Katastrophe führen wird. Ein 60-Millionen-Volk kann nicht zugrunde gehen, kann nicht verhungern, muß in Ordnung verwaltet und regiert werden.

In seinen weiteren Ausführungen ging der Minister dann auf den Ausgang des Volksentscheids ein, dessen Ergebnis ihn nicht vermindert habe. „Bitter enttäuscht aber hat mich.“ So erklärte der Minister im Verlauf seiner Ausführungen, daß zahlreiche höhere politische Beamte und leitende Polizeioffiziere und Beamte überhaupt sich aktiv am Volksentscheid beteiligt haben. Ich habe im Frühjahr dieses Jahres im Landtag auf Anfrage erklärt, daß Beamten, die sich am Volksbegehren beteiligten, kein Haar gekrümmt werden würde, aber ich habe auch gesagt, daß ich mir diese Beamten auf ihre geistige Einstellung hin sehr genau ansehen werde.

Am Schluß seiner Ausführungen ging Minister Severing dann noch auf den am Sonntag bevorstehenden Besuch der französischen Minister in Berlin ein. Störungen und Kundgebungen aus Anlaß des Besuchs der französischen Minister seien nicht nur ein Verstoß gegen die elementarste Pflicht der Gastfreundschaft, sondern auch ein Verbrechen an der Erfüllung mehrerer nationaler Aufgaben.

Luffschuh?

Neue Organisation, neue Zeitschrift, neue Kosten.

Deutschland ist um eine Organisation reicher: um die Deutsche Luftschuhliga. Diese Organisation hat es sich zum Ziele gesetzt, Propaganda für den Gedanken des Schutzes der Privatbevölkerung gegen Luftangriffe im Kriegsfall zu machen, und organisatorische Maßnahmen zu diesem Zwecke vorzubereiten. Die Organisation gibt eine neue Zeitschrift heraus, „Gaschutz und Luffschuh“. Im ersten Heft dieser Zeitschrift wird dargelegt, daß Deutschland umgeben ist von Ländern, die alle mit der Luftwaffe ausgerüstet sind, während Deutschland die Militärliegerei verboten ist. Es spricht aus diesen Darlegungen eine überaus pessimistische Einstellung gegenüber dem Schutze des Friedens durch Verträge und Rechtsinstitutionen, ein Rechnen mit dem Kriege, das wirklich nicht der Vertiefung des Friedensgedankens und des Friedenswillens nützlich ist. Konsequenterweise kommen einige der Beiträge in der ersten Nummer der Zeitschrift zu dem Schluß, daß Deutschland sich nicht mit dem passiven Schutze der Bevölkerung begnügen dürfe. So kommt man durch die Luftschuhpropaganda ganz unter der Hand zur Propaganda für Deutschlands Aufrüstung in der Luft.

Es erhebt sich die Frage: hat Deutschland angesichts der ungeheuren Notlage wirklich keine andere Organisation nötiger, als eine Liga für Luftschutz? Sollen wir Geld dafür ausgeben, soll die Zivilbevölkerung sich für Geld, das wirklich nützlicher anzuwenden wäre, Gasmasken in den Kleiderschrank hängen? Es muß ganz ernsthaft gefragt werden: stehen dieser Liga öffentliche Mittel zur Verfügung, Mittel des Reichs, der Länder und der Gemeinden? Im Präsidium der Liga sitzen Oberbürgermeister der größten deutschen Städte. Sollen etwa Gemeindeorganisationen engagiert werden, Gemeindefonds ausgegeben werden? In diesem Fall wäre es notwendig, nach dem Sparkommissar zu rufen, damit nicht für solche Dinge öffentliche Mittel vergeudet werden in einer Zeit der höchsten Not!

Zustiztarif.

Ministerbeleidigung immer noch am billigsten.

Der verantwortliche Redakteur des nationalsozialistischen Blattes für Hallein, Dr. Froebe, wurde vom Schöffengericht Hohenstein wegen Beleidigung des Genossen Hilferding zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Er hätte die von uns schon mehrfach angeprangerte Verleumdung in seinem Blatt verbreitet, daß Hilferding als Aufsichtsratsmitglied eines Zigarettenkonzerns eine Jahresrentierte von 120 000 Mark bezogen und diesem dafür in seiner Eigenschaft als Minister eine Steuerschuld von fast 30 Millionen Mark erlassen habe.

Als der „Vorwärts“ vor einiger Zeit das rohe Bierbankgeschwätz eines Nazisführers in Coburg durch eine satirische Zeichnung niedriger hängte, wurde unser verantwortlicher Redakteur zu 1000 (eintausend) Mark Geldstrafe verurteilt, obwohl

die im „Vorwärts“ kritisierte Äußerung tatsächlich gefallen war. Der Coburger Einzelrichter aber erklärte die Kritik der Äußerung für schwer strafbar, weil ihr Urheber sie angeblich „herzhaft“ gemeint hätte. Auch als Scherz wäre diese Äußerung (die Nazis würden ihre Gegner umbringen und dabei das Kind in der Wiege nicht verschonen) als Ausdruck großer Gefühlsroheit zu werten gewesen.

Jedenfalls stellen wir fest, daß die Anprangerung eines tatsächlich gefallenen rohen Ausspruches fünfmal so hoch bestraft worden ist, wie der denkbar schwerste Vorwurf der Korruption und Käuflichkeit gegen einen ehemals amtierenden Minister.

Sollte das etwa daran liegen, daß der beleidigte Minister Sozialdemokrat, der getränkte Bierbankschwäger aber Nationalsozialist ist?

Hugenberg und die Reichsgarantie.

Die Kredite des Scherl-Verlags bei der Danabank.

Auf dem Steitiner Parteitag der Deutschnationalen hat Hugenberg zum Schluß einer seiner Reden wörtlich folgendes erklärt:

„Keine Hand soll sich zum Schutze dieser Regierung und dieses marxistischen Systems erheben. Es wäre Verblendung, wenn die Regierung wieder, wie Ebert 1919, auf die Opfer der nationalen Jugend rechnete, auf Freiwillige, die man verschleht, um sie dann in den Kerker zu werfen. Es darf nicht nochmals vorkommen, daß dieses System durch nationale Kräfte gerettet wird, die man sonst mit Füßen tritt. Personen und Eigentum derjenigen, die sich zu uns bekannt haben, das ist der einzige Wert, den es dann zu schützen gilt bis zu dem Augenblick, in dem die Macht in die Hand der nationalen Opposition übergeht.“

„Keine Hand soll sich, nach Hugenberg, zum Schutze dieser Regierung und dieses Systems erheben.“ Das erklärte der Mann, dessen Scherl-Verlag nach bisher unwiderprochenen Mitteilungen bei der unter Reichsgarantie stehenden Danabank mit Millionenkrediten hängt. Wie lange gedenkt die Reichsregierung Herrn Hugenberg gegenüber vornehmtes Schweigen in diesem Punkte zu beobachten und ihm die Möglichkeit zu geben, das Volk durch seine Presse gegen das System und gegen die Regierung aufzuwiegen zu lassen, deren Geld und finanzielle Unterstützung er gern beansprucht?

Rechtsverordnung und Rentenbezug. Der Reichswirtschaftsminister hat angeordnet, daß eine Genehmigung nach der Rechtsverordnung nicht erforderlich ist zur Ausführung laufender Rentenbezüge an Berechtigte im Ausland, die von den Trägern der deutschen Unfall-, Invaliden- und Angehörigenversicherung sowie der knappschaftlichen Pensionsversicherung auf Grund der Versicherungsverträge oder besonderer Staatsverträge zu leisten sind.

Württemberg Defizit und seine Deckung. In der Sitzung des Finanzausschusses des Landtags teilte Finanzminister Dr. Dehlinger mit, daß das Defizit des württembergischen Staatshaushalts nunmehr 12 bis 15 Millionen betrage. Bei den Sparsamnahmen, die die württembergische Regierung durchzuführen wolle, handle es sich in der Hauptsache um Gehaltskürzungen.

Billigeres Brot für Erwerbslose.

Verhandlungen des Magistrats über die Durchführung.

In Verhandlungen vor dem Reichsernährungsministerium haben sich die Vertreter des Germania-Zentralverbandes Deutscher Bäckerinnungen, des Verbandes Deutscher Brotfabriken und der Konsumgenossenschaft für Berlin und Umgegend bereit erklärt, für Erwerbslose und sonstige Unterstützungsempfänger in Berlin eine Brotverbilligung um vier Pfennig für ein 2 1/2-Pfund-Brot zu gewähren.

Beim Zweckerband der Berliner Bäckermeister glaubt man, daß für Berlin wöchentlich 550 000 verbilligte Brote zur Ausgabe gelangen werden. Die Verhandlungen über die Durchführung der Brotverbilligung und über die technische Organisation der Ausgabe der Berechtigungsscheine usw. werden von dem Dezernenten des Landeswohlfahrtsamtes, Stadtrat W u h l y, unverzüglich aufgenommen werden.

Kleinsiedlung für Arbeitslose?

Eine Zuschrift, die sich für Gartensiedlung ausspricht.

Zu unserer Veröffentlichung vom 12. September „Zur Kleinsiedlung von Arbeitslosen“ erhalten wir folgende Zuschrift:

„Ich selbst habe hier draußen in Buch von der Stadtgüter G. m. b. H. zirka 600 Quadratmeter Pachtland schon seit zehn Jahren und muß Ihnen vollständig beipflichten, daß den größten Teil der Arbeitslosen mit Ihrem Vorschlag besser gedient ist, als den mit vier Morgen Land. Ich bin Krankenpfleger in der Heil- und Pflegeanstalt Buch schon seit 1909 und in meiner freien Zeit bearbeite ich meinen Garten. Die Arbeitslosen brauchen doch vor allen Dingen eine Tätigkeit, und sie würden bei der Gartensiedlung gleichzeitig zwei Vitegen mit einer Klappe treffen: Erstens eine Tätigkeit und zweitens einen Nutzen haben. Auf Grund meiner langjährigen Tätigkeit in meinem Garten kann ich bestätigen, daß

man seine Familie schon ab Mai bis Dezember vollständig mit Gemüse, Salat und allem Obst versehen kann bei einer Fläche von 600 Quadratmetern, dazu, je nachdem es lohnt, 6-10 Zentner Kartoffeln. Ja sogar fehlt in meiner kleinen Küche selten ein Blumenstrauch.

Was uns fehlt, ist eine Dauer-Gartengemeinschaft mit einem Pachtvertrag von wenigstens 30 Jahren. Außerdem: Muß es sein, daß bei dem Kinderheim Buch Kieselsteine mit ihrem Geruch die Luft schädigen? Hier sollte Berlin Dauerpachtland gründen zum Nutzen der Arbeiterschaft.

Blinde Straßenhändler im Existenzkampf.

Im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße, berichten die blinden Straßenhändler, wie sie ihrer katastrophalen Lage, die sich im kommenden Winter noch tragischer gestalten dürften, Herr werden könnten, der Kampf um die guten Verkaufsplätze — die sogenannten „Zonen I und II“ sind Referat der Zeitungs- und Blumenverkäufer, wofür die Blinden kaum in Frage kommen — ist ein ebenso langer wie aussichtsloser. Dem steht gegenüber, daß die Beschäftigungsmöglichkeit für die Blinden in der Industrie immer geringer wird und daß auf der anderen Seite immer mehr dieser Bedauernswerten gezwungen sind, sich auf den Straßenhandel zu werfen. Zur Steuerung ihrer Rottage haben sich die blinden Straßenhändler zu einem Händlerausschuß vereinigt, dem verschiedene Blindenorganisationen angehören, die sämtlich Vertreter zu der Versammlung entsandten; das Referat des Abends hatte der Ausschussleiter Reg, ein Vertreter der Blindenfektion des Internationalen Blindenbundes, im Namen des Blindenbundes für Führende sprach dessen Geschäftsführer, ebenso sprachen Delegierte des Zentralverbandes der Berliner Blinden und des Allgemeinen Blindenvereins. Es wurde beschlossen, eine Resolution in Form einer Denkschrift an die maßgebenden behördlichen Stellen gelangen zu lassen, in der man mit allem Nachdruck um möglichstes Entgegenkommen zur Vinderung des beruflichen und körperlichen Elendes bittet. Obnebies wird die Existenzmöglichkeit des Straßenhändlers im allgemeinen durch die große wirtschaftliche Rottage von Tag zu Tag schlechter, wie viel mehr aber erst für jene Menschen, denen es durch den Verlust ihres Augenlichtes an Widerstandskraft für den schweren Existenzkampf gebricht.

Der Schuß auf den Wächter.

Von den Tätern bisher keine Spur.

Der Billeneinbruch am Weddigenweg in Lichterfelde konnte von der Kriminalpolizei noch nicht weiter geklärt werden, da die Verdächtigen so gut wie keine Spuren hinterlassen haben und der niedergeschossene Wächter Oskar Pirschel nach Vernehmungsunfähig im Lichterfelder Kreisstrankenhaus daniederliegt.

Die Verletzungen Pirschels haben sich schwerer herausgestellt als es zuerst den Anschein hatte. Eine Kugel hat die Luftröhre durchschlagen. Man hat P. eine Kanüle eingeführt, doch ist bei seinem Alter leider das Schlimmste zu befürchten. Bei den Einbrechern scheint es sich um eine Bande zu handeln, die planmäßig Beutezüge auf Villen unternimmt und es in der Hauptsache auf echte Teppiche abgesehen hat. Bereits am Dienstagabend gegen 10 Uhr wurde in der Nähe des Weddigenweges ein Privatauto beobachtet, das die Verdächtigen zweifelslos zu ihrem Einbruch benutzten haben. Der erste Anschlag galt der Villa Weddigenweg 46. Die

Verbrecher waren bereits in das Haus eingedrungen. Sie wurden jedoch durch die Hausbewohner, die gerade nach Hause kamen, verschreckt. Die Bande flüchtete zunächst, kehrte dann aber wieder zurück und versuchte in das Villengrundstück Nr. 50 einzudringen. Hierbei kam es dann zu dem Zusammenstoß mit dem Wächter Pirschel.

Obgleich die Täter von mehreren Zeugen gesehen worden sind, war infolge der Dunkelheit eine brauchbare Beschreibung bisher nicht zu erlangen. Nur soviel geht aus den Aussagen übereinstimmend hervor, daß es sich um jüngere gut gekleidete Männer gehandelt hat. Die Verwegenheit der Täter läßt darauf schließen, daß die Polizei es mit einer ganz gefährlichen Bande zu tun hat, die keinen Augenblick zögert, zur Schußwaffe zu greifen. Insgesamt sind auf den Wächter mindestens 6 bis 8 Schüsse abgefeuert worden.

Ehrechtlche Beratungsstelle. Im Rahmen der ehrenamtlichen Tätigkeit der Rechtsstelle der „Deutschen Liga für Menschenrechte“ wird ab 1. Oktober 1931 jeden Mittwoch von 3.30 Uhr bis 4.30 Uhr, beginnend mit dem 7. Oktober, Herr Rechtsanwalt Dr. Rynarczyk in den Räumen der Liga, Berlin N. 24, Monbijouplatz 10, Eing. IV, Beratungsstunden in allen Fragen des Ehrechtes abhalten.

WENN DER KURS FÄLLT ROMAN VON Faly Scherret.

Der Wagen steht auf dem Hansaplatz. In den Anlagen sitzen Menschen, die Vorbereitungen zu späteren Liebesengagementen treffen. Ein abgestoßener Lautsprecher, an der Tür eines Restaurants aufgestellt, quält die Oberon-Ouvertüre. Harry reicht dem Chauffeur ein Fünfmärkstück und eilt fort, ohne auf Wechselgeld zu warten. Ein paar Latte bleiben in seinem Gedächtnis haften. „Mein Gatte, mein Hübn...!“ singt ein anderer Harry, der sich von dem Verängstigten freizumachen sucht. Diese Harry atmet tief die kühlende Luft ein und raunt dem Verängstigten zu, in eine Kneipe zu gehen und sich den Mut zu stärken, um allen Schrecknissen der Welt fest ins Auge zu schauen. Der andere Harry, der unter den tiefen Atemzügen immer größer und muskelkräftiger wird, entdeckt auch, ehe er das Lokal betritt, daß der Hut einen wenig erfreulichen Anblick bietet, er klebt ihm wie ein ausgewundener Topflappen auf dem Haar und hat sich noch nicht von dem Stoß im Auto erholt.

Zwei große, schnell heruntergepöpselte Kognals lassen den Verängstigten völlig in der Versenkung verschwinden. Der Siegreiche preißt laut und ausgewachsen die Rezia-Arie. Der Wirt nimmt daran nicht Kergernis. Kein Gast ist im Lokal vorhanden, außer Harry, der allmählich eine große Wohlglück in sich erblühen fühlt. Seine Angst erscheint ihm jetzt albern, sie ist nicht mehr als die Folge eines neurotischen Anfalls. Uebrigens tut Kognal Wunderdinge. Man kommt sich nicht mehr klein und häßlich vor. Ich werde heute abend an Manfred einen langen, genau detaillierten Brief schreiben. Vielleicht tritt er als Teilhaber in die Firma ein. Man hätte dann ständig Reserven.

Der Strauß, den er auf die Theke gelegt hat, erinnert ihn an Nora Marg. Er kommt eine halbe Stunde zu spät. Aber das tut nichts. Die Verspätung deutet an, daß er sehr beschäftigt ist und trotzdem noch Zeit gewinnt, den Besuch zu absolvieren. Das ist unbedingt ein Kompliment. Ferner kann auch die Verspätung darauf hinweisen, ihm liege nicht zu viel

daran, der jungen Dame in die Augen zu sehen. Blaudern bei einer Tasse Tee über die Sorgen moderner Haustöchter! Wenn sie keinen Schnaps hat, mache ich sofort kehrt. Aber die Mädchen von heute können sogar Cocktails mixen.

Die Villa, in der der vermittelte Direktor Marx mit seiner einzigen Tochter Nora wohnt, ist nur noch zwei Straßen entfernt.

Das niedliche Hausmädchen nimmt Harry Hut und Mantel ab.

So sehen sonst nur die Rosen im Kientopp aus, konstatiert Harry und mustert die Kleine mit dem winzigen Ballettschürzchen.

„Darf ich bitten. Hier!“

Die Kinzofoe öffnet eine Tür.

„Ah, lieber Doktor Harry...! Ich freue mich sehr.“

Nora Marg schnell von der Couch hoch. Schade eigentlich, fällt ihr ein, ich lag gerade so vorteilhaft da. Die Verpätung Harrys erwähnt sie nicht. Sie vergißt sogar, ein pikantes Gesicht aufzusetzen.

Siehtestwohl! Der gute Ton in allen Lebenslagen, ärgert sich Harry und küßt die ihm bis zur Nase entgegengehaltene, sehr gepflegte Hand.

„Die herrlichen Blumen!“ Nora sieht mit liebevollem Blick auf den Strauß. „Bittet!“ Sie weist auf die Couch, schiebt den Teewagen heran und schaltet den elektrischen Samowar ein.

„Haben Sie keinen Kognat? Oder wenigstens Litör?“

„Doch, monsieur le docteur, Chartreuse!“

„Brrr... das häßt ich mir gleich denken können.“

„Oh... Warum?“ Nora ist besorgt, etwas nicht richtig gemacht zu haben.

„Weil mondäne Frauen und kleine Mädchen dieses Zeug aus keinem ersichtlichen Grund trinken.“

„Und wozu rechnen Sie mich?“ Nora ist stolz auf ihren bedeutungsvollen Augenaufschlag.

Harry stöhnt. Diese Pose bei der kleinen Gans ist nicht auszuhalten. „Sagen Sie mal, kleine Nora, wie lange soll diese geistvolle Unterhaltung noch dauern? Wir reden wie in einem Roman von Pittgrill.“

Nora beschließt, sofort morgen nach einem Werk dieses Autors zu fragen. Der Name ist leider schwer zu behalten, aber der nette junge Mann in der Leihbibliothek wird schon wissen.

„Wir können auch anders reden. Comme vous voulez!“ Sie setzt sich zu Harry und gießt den Tee in die garten Schalen.

Berlins neue Fernsprechämter.

Die Schwierigkeit geeigneter Bezeichnungen.

Der Umbau des Berliner Fernsprechnetzes zum Selbstanschlußbetrieb schreitet unaufhaltsam fort. Alle Ämter sind verschwunden, neue tauchen plötzlich auf. In kurzer Zeit werden als neue Ämter sich „Emser Platz“, „Heerstraße“, „Hermsdorf“, „Hochmeisterplatz“, „Schmargendorf“ und „Wilmersdorf“ präsentieren. Von den 76 Fernsprechämtern in Berlin werden nach Indienststellung der neuen Ämter dann 52 automatisch arbeiten. Die Automatisierung des Netzes ist zu zwei Dritteln bereits durchgeführt.

Damit wird auch die Auswahl geeigneter Rufbezeichnungen weniger wichtig als bisher. Die Feststellung geeigneter Rufbezeichnungen bereitet größere Schwierigkeiten, als man denkt. Die Namen sollen nicht zu lang sein, möglichst mit dem Stadtteil in Verbindung stehen, für jedermann richtig auszusprechen sein und vor allem der Gefahr der Verwechslung vorbeugen. „Leopold“ würde man am Telephon leicht mit „Humboldt“, „Goethepark“ mit „Bismarck“, „Lefing“ mit „Westend“ verwechseln. Das ist durch phonetische Verläufe erwiesen. Die neuen Rufbezeichnungen müssen nämlich von der Oberpostdirektion dem Reichspostministerium vorge schlagen werden, das ihre Prüfung vor allem auf „phonetische Brauchbarkeit“ veranlaßt. Dies geschieht durch Anrufe auf Publikumsleitungen aus Räumen, in denen „Betriebslärm“, wie Schreibmaschinengeklapper, laute Unterhaltung und andere Nebengeräusche bei offenstehenden Türen herrschen. Auch auf dem „Amt“ wird während der Prüfung für Geräusche gesorgt, die im normalen Dienstbetrieb vorkommen. Es zeigt sich immer wieder, daß unter diesen Voraussetzungen nur ganz wenige Namen den gestellten Ansprüchen genügen. Den Grad der „Ausprechbarkeit“ kann man sogar auf einer Skala nach „Reper“ abmessen.

Obwohl aus den Kreisen des Publikums fortgesetzt Vorschläge für Rufbezeichnungen einlaufen, bleiben nur wenige Namen bei der „Gebrauchsprüfung“ übrig. Bei vollständiger Automatisierung des Netzes wird diese Sorge überflüssig.

Verdächtigung um jeden Preis.

Die „schwarze Kladder“ in der Berufungsinstanz.

Vor der kleinen Strafkammer des Landgerichts I wurde gestern in der Berufungsinstanz die Privatbeleidigungsklage des Redakteurs Dr. Freistadt von der kommunistischen Morgenzeitung gegen den früheren Berliner Stadtrat und jetzigen Oberbürgermeister in Magdeburg, Ernst Reuter, verhandelt.

Das Gericht erster Instanz hatte Reuter wegen wörtlicher Beleidigung zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil ist von Reuter Berufung eingelegt worden. Der Privatbeleidigungsklage des Dr. Freistadt liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Im Juni 1930 erschienen in der Zeitung fortlaufend äußerst scharfe Veröffentlichungen über eine sogenannte „Schwarze Kladder“. Diese sollte nach Angabe der Zeitung ein Geschäftsbuch der früheren Kleidervertriebsgesellschaft sein, die später auf die Gebrüder Sklaref übergegangen ist. Als der Verlag der Beret (Berliner Anzeigengesellschaft und Reklamewesen G. m. b. H.) den Auftrag zur Anfertigung eines Plakates an den Berliner Anzeigebüro gab, in dem auf die Veröffentlichungen in der Zeitung hingewiesen und zu deren Lektüre angefordert wurde, lehnte die Beret als städtisches Unternehmen die Veröffentlichung des Plakates ab. Wegen dieser Maßnahmen kam es im Aufsichtsrat der Beret zu einer Auseinandersetzung, in deren Verlauf der Stadtrat Reuter die Kampfmethode des Blattes als strolchartige Methoden bezeichnete. Durch diesen Ausdruck fühlte sich der Redakteur Dr. Freistadt beleidigt.

In der Gerichtsverhandlung der ersten Instanz erklärte Reuter, daß er die Äußerung in seiner Empörung darüber gebraucht habe, daß ehrenhafte städtische Beamte fortgesetzt Verdächtigungen über sich ergehen lassen mußten. Er habe in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt.

Das Gericht erster Instanz hatte sich diesen Standpunkt des

„Tee, Chartreuse, Sandwichs und Keks...“ zählt Harry auf. „Mehr kann man nicht verlangen.“

„Doch, Sie bescheidener Jüngling! Sie können einen Kuch verlangen.“

Harry lacht, als er sich ihr nähert.

„Man merkt, Sie haben viel Erfahrung“, erkennt Nora an. „Ach liebe erfahrene Männer. Man ist bei ihnen gut aufgehoben.“

„Sie würden also nur einen erfahrenen Mann heiraten?“ Harry wügend in sich hinein: ich möchte wissen, warum ich mir dies hier antue.

„Heiraten...?! Gott ja, das auch!“ Nora laut an den Worten. „Aber Sie wissen ja, Harry, in unseren Kreisen heiratet man aus Vernunft. Noblesse oblige!“ Sie ist nicht ganz sicher, ob der Ausdruck hier angebracht ist und fährt schnell fort: „Aber der Mann, den ich liebe, muß erfahren sein, er muß mich die Liebe lehren können.“ Ein herausfordernder Blick trifft Harry.

„Haben Sie überhaupt noch etwas hinzuzulernen?“ Jetzt quatsche ich schon genau so blöde. Dummheit ist ansteckend.

„Harry!“ Nora stemmt die Fäuste ins Polster der Couch. „Harry, ich kann es Ihnen schwören, wie ich hier sehe mit meinen achtzehn Jahren, bin ich immer noch virgo intacta.“ Das klingt wie das Bekenntnis einer großen Schuld, einer Schande, die ausgelöscht werden muß.

„Vielleicht irrst du dich auch, Kind!“ Ärgerlich springt Harry auf. Das hat ihm wirklich noch gefehlt! Erst das Gewäch von den vornehmen Kreisen, von der noblesse oblige und jetzt die virgo, die ihm zierlich und wirklich indiscret serviert wird... Und die denkt vielleicht... Ree, bestimmt! Die erwartet, daß ich... Folsch spekuliert, Jungfrau mit den bogenförmig ausstrahlenden Augenbrauen, ich bin für diese Ware kein Geldkurs. Eine schöne Enttäuschung könnte dir, mein Herzchen, vielleicht erblühen. Plötzlich fängt er an, lustungslos zu lachen.

„Was ist denn geschehen?“ fragt Nora erschreckt. „Warum lachen Sie und rennen mir fort?“

„Vielleicht hab' ich Angst, daß du mir was tußt!“ Der Vater war ein ganz winziger Beamter und hat sich virtuos heraufgeschwunden, und das Gdhr spricht von noblesse, Harry wird seinen Ärger nicht los. Was ist schon noblesse! Eine Mode von vorgestern.

Nora macht Babyaugen. „Ach dir? Wer hat denn hier eine Unschuld zu verfluchen?“ Sie atmet stoßweise.

(Fortsetzung folgt.)

Schnaps oder Kartoffeln für Arbeitslose?

Sozialdemokratisches Sanierungsprogramm für das Spritmonopol.

Auf Drängen der Kartoffelspritbrenner veröffentlicht die Reichsregierung eine Verordnung, durch die der Beimischungsgehalt von Spiritus zu Benzin von 3 1/2 auf 6 Proz. erhöht werden soll. Damit keine neue Belastung der Kraftverkehrswirtschaft erfolgt, soll der Treibstoffpreis von 70 auf 50 M. gesenkt werden. Es wird erwartet, daß so der Absatz an Treibstoffspiritus auf 1 Million Hektoliter steigt und damit die ungeheuren Vorräte der Branntweinmonopolverwaltung, die weit größer sind als der gesamte Jahresabsatz, verringert werden.

Diese Aktion soll aber in Wahrheit gar

nicht der Entlastung des Branntweinmonopols

dienen, sondern nur ermöglichen, daß die ostelbischen Brennereibetriebe wieder wie im vorigen Jahre ihr Kartoffelbrennrecht möglichst hoch ausnützen können. Es ist beabsichtigt, das Brennrecht auf 80 Proz. festzusetzen. Was würde nun eintreten, wenn dieser Vorschlag durchgeführt wird? Die Vorräte des Monopols betragen 2 Millionen Hektoliter. Dazu kommt die neue Produktion von weiteren 2 Millionen Hektoliter Kartoffelsprit und 800 000 Hektoliter Melasse-, Korn- und Obstspirit, so daß also 4,8 Millionen Hektoliter im neuen Betriebsjahr zum Verkauf zur Verfügung stehen. Abgesetzt werden können aber nur 350 000 Hektoliter Trinkspiritus, 1 Million Hektoliter Motorspiritus und 1,1 Millionen Hektoliter Industrie- und Brennspiritus, also zusammen 2,45 Millionen Hektoliter. Am Ende des Betriebsjahres bleiben also 2,35 Millionen Hektoliter übrig. Das sind 250 000 Hektoliter mehr als in diesem Jahre, so daß der Regierungsvorschlag keine Besserung, sondern

eine Verschlechterung der Lage der Monopolverwaltung

bedeutet. Nicht einmal die gesamten Einnahmen der Monopolverwaltung werden ausreichen, um das Aufkommen der Branntweinsteuer kassenmäßig voll zu sichern. An einen Uberschuß ist nicht zu denken.

Dieser Vorschlag ist also zur Sanierung des Branntweinmonopols völlig ungeeignet, abgesehen davon, daß es unverantwortlich ist, ungeheure Kartoffelmengen zu Spiritus zu verarbeiten, während in den Städten Millionen nicht wissen, wie sie über den Winter kommen sollen. Deshalb fordert die Sozialdemokratie, dieses Jahr überhaupt keinen Kartoffelspiritus herzustellen. Das große Geschrei, das die agrarische Presse auf diesen Vorschlag hin angestimmt hat, ist völlig unangebracht. Wenn die Regierung unserem Vorschlag folgt, kann sie die gesamte Kartoffelmenge, die sonst zu Spiritus verbrannt wird, den Landwirten zum Preise von 1,20 M. pro Zentner abkaufen. Das ist ungefähr der Preis, zu dem die Landwirtschaft ihre Kartoffeln durch die Brennerei verwertet. Die Regierung kann sogar den Landwirten drei Viertel ihrer Kartoffelmengen zurückgeben. Wie ist das aber möglich, ohne neue Mittel aufzubringen? Die Rechnung ist durchaus einfach:

Vorräte und Neuproduktion von Kartoffelbrenntwein betragen 2,8 Millionen Hektoliter. An Absatzmöglichkeiten sind offen: wie bisher bei 3 1/2 Proz. Treibstoffspiritusabsatz = 800 000 Hektoliter, an Trinkbrenntwein = 350 000 Hektoliter, gewerblicher Spiritus = 1,1 Million Hektoliter.

Es bleibt also nur ein Restbestand von 750 000 Hektoliter am Ende des Betriebsjahres, während bei dem Regierungsvorschlag sich 2,25 Millionen Hektoliter Vorräte angesammelt haben werden.

Die Ausgaben der Branntweinmonopolverwaltung werden für 350 000 Hektoliter Sulfspiritus und für 450 000 Hektoliter Melasse- u. Spiritus 44,5 Millionen Mark betragen, die Einnahmen dagegen aus dem Verkauf von 350 000 Hektoliter Trinkbrenntwein 210 Millionen Mark, für 600 000 Hektoliter Motorspiritus 42 Millionen Mark und für 1,1 Millionen Hektoliter Industrie- u. Brennspirit 49,5 Millionen Mark, insgesamt also 301,5 Millionen Mark.

Es ergibt sich nun folgende Rechnung:

Einnahmen des Monopols	301,5 Millionen M.
davon ab: Ausgaben	44,5 Millionen
Wertminderung d. Vorräte	40,5
	85,0
	85,0 Millionen
Rohüberschuß	216,5 Millionen M.

Hiervon wird die gesamte Branntweinsteuer in Höhe von 140 Millionen Mark bestritten, so daß ein Reüberschuß von 76,5 Mil-

lionen verbleibt. Dieser Uberschuß soll dazu verwandt werden, den Kartoffelbrennereien eine Entschädigung zu zahlen und

außerdem sämtlichen Arbeitslosen und ihren Familienangehörigen ohne irgendwelchen Abzug von der Unterstützung 1 1/2 Zentner Kartoffeln je Kopf umsonst zu liefern.

Die Entschädigung für die Kartoffelbrennereien wird 43,2 Millionen Mark erfordern. Drei Viertel der gesamten sonst zu Spiritus verarbeiteten Kartoffelmengen in Höhe von 36 Millionen Zentnern erhält der Landwirt geschenkt mit der Verpflichtung, diese Kartoffeln einzufahren und später nach Bedarf zu verfüttern.

Damit werden die Bedenken zerstreut, daß zwar die landwirtschaftlichen Brennereibetriebe entschädigt, die übrigen kartoffelverarbeitenden Landwirte aber geschädigt werden, weil die sonst in den Brennereien verarbeiteten Kartoffelmengen zusätzlich auf den Markt gelangen. Ein Viertel der Gesamtartoffelmengen, das sind 9 Millionen Zentner, sollen die Brennereibetriebe dagegen abliefern und zwar in Speisekartoffelqualität. Rechnet man mit 6 Millionen Arbeitslosen, d. h. mit Familienangehörigen 18 Millionen Unterstützungsberechtigte, so braucht man aber 27 Millionen Zentner zur kostenlosen Abgabe. Daß die Brennereibetriebe diese ganze Menge liefern, ist unzweifelhaft, da der überwiegende Teil der Erwerbslosen nicht in den Gebieten wohnt, in denen sich die Kartoffelbrennereien befinden. Von den landwirtschaftlichen Kartoffelbrennereien kann der Bedarf der Erwerbslosen in Ostdeutschland einschließlich Berlin sowie in den angrenzenden Teilen Mitteldeutschlands, das sind 33 Proz. des Gesamtbedarfs, beliefert werden. Die restlichen zwei Drittel sollen von den Städten aufgekauft werden. Die Mittel hierzu werden aus dem Uberschuß der Monopolverwaltung, der nach Abzug der Entschädigung für die Brennereibetriebe noch 33,3 Millionen Mark beträgt, zur Verfügung gestellt.

Mit 28,8 Millionen Mark können die Kommunen 18 Millionen Zentner zum Preise von 1,60 M. kaufen.

Folgt die Reichsregierung diesem Vorschlag, dann wird nicht nur die gesamte Branntweinsteuer an das Reich abgeführt werden; es kann auch der sonst jedes Jahr der Monopolverwaltung von der Reichsregierung zur Verfügung gestellte 75-Millionen-Kredit für wichtigere Zwecke verwandt werden. Ferner werden die Einnahmen aus dem Benzinzoll nicht verringert, weil der Beimischungsgehalt nicht erhöht zu werden braucht und schließlich wird die Monopolverwaltung saniert. Dabei erleidet die Landwirtschaft keinen Schaden und das Reich kann allen Bedürftigen 1 1/2 Zentner Kartoffeln kostenlos zur Verfügung stellen.

Das sind Gründe, gegen die sich keine Verneinung verschließen kann. Es wäre unverantwortlich, wenn diesem Vorschlag nicht gefolgt und statt dessen im alten Schlandian die Branntweinwirtschaft zum Schaden der Gesamtheit weitergetrieben wird.

Handelsbilanz der Schuhindustrie bleibt aktiv.

17,2 Mill. Ausfuhrüberschuß von Januar bis August.

Die Einfuhr von Lederschuhen ging im August weiter stark zurück und lag mit 20 488 Paar um 30,5 Proz. unter den Einfuhrmengen des August vorigen Jahres. Gegenüber dem vorhergehenden Monat Juli stellt sich der Einfuhrrückgang sogar auf 64,5 Proz.

Andererseits hat die Ausfuhr mit 324 164 Paar gegenüber dem Vorjahr sogar noch eine leichte Steigerung erfahren, während im Juli die Ausfuhr etwa 16,5 Proz. höher lag als im Berichtsmonat. Der Wert der Einfuhrmengen im August erreichte 0,29 Millionen, denen ein Exportwert von 2,52 Millionen gegenübersteht. Der Ausfuhrüberschuß im August beläuft sich also auf 2,23 Millionen Mark.

Wie gut die deutsche Schuhindustrie im Hinblick auf die allgemeine Preisentwicklung in diesem Gewerbe ihren hohen Ausfuhrstand behaupten konnte, beweist die Tatsache, daß von Januar bis August 1931 der Ausfuhrüberschuß mit 17,2 Millionen Mark nur um 2,6 Millionen unter dem Stande des August 1930 liegt.

Gute Beschäftigung der holländischen Kunstseidenindustrie. Wie aus Ede (Holland) berichtet wird, ist die dortige Kunstseidenfabrik der Aktu neuerdings so stark beschäftigt, daß eine Personalvermehrung notwendig war.

Neue Textilverluste.

Mechanische Weberei zu Linden sanierungsreif. — Skandal der Vorzugsaktien.

Der Aufsichtsrat der Mechanischen Weberei zu Linden gibt bekannt, daß die Gesellschaft im Geschäftsjahr 1930 einen Verlust von 3,58 Millionen Mark erlitten hat. Der Aufsichtsrat sei sich darüber klar, daß infolge der weiteren Verschlechterung der Wirtschaftslage im Jahre 1931 eine Sanierung der Gesellschaft durch Zusammenlegung und Wiedererhöhung des Kapitals erfolgen müsse!

Bereits im Jahre 1929 hatte die Gesellschaft einen Verlust von 0,5 Millionen Mark zu verzeichnen, der aus dem Reservefonds gedeckt wurde. Da der Reservefonds immer noch die respektable Höhe von mehr als 6 Millionen Mark ausweist, kann auch der Verlust des letzten Geschäftsjahres dadurch glatt gedeckt werden. Wenn darüber hinaus eine Zusammenlegung des Kapitals (13,5 Millionen Mark) als notwendig bezeichnet wird, so müssen doch noch ganz andere Verluste auszuweisen sein.

Und diese Verluste stecken in den beiden größten Aktivposten der Bilanz verborgen, in den Beteiligungen von 13,2 Millionen Mark und im Barkonto von 8,4 Millionen Mark. Die Lindener Weberei hat nämlich zu Zeiten guter Konjunktur, seit dem Jahre 1926, versucht, ihre ganze Konkurrenz aufzukaufen und das Monopol in der Samterzeugung zu gewinnen.

Zu ihren zwei Werken in Hannover-Linden und Oggersheim (Pfalz) kam als drittes der Betrieb von Denisch u. Engler, Jittau. Wichtiger aber war, daß Linden fast das ganze Kapital der Berliner Belvefabrik Rengers u. Söhne A. G. und der S. A. Fröhlichs A. G., Barnsdorf (Tschekoslowakei) erwarb. Dazu kam später noch die Kapitalmehrheit der Rheinischen Belvefabrik A. G., Keerfen; und die amerikanische Handelsgesellschaft wurde ganz übernommen.

Nachdem diese Expansion durchgeführt war (etwa 1928), zeigte es sich, daß der „Unternehmersturm“ wieder einmal gründlich in die Irre gegangen war. Sämt ist nämlich als ein Lugusgegenstand außerordentlich stark Schwankungen der Mode wie der Konjunktur unterworfen. Und das Pech wollte es, daß die Zeit der schlechten Konjunktur zusammenfiel mit einer Zeit, in der die Mode von Samt nichts wissen wollte. Hatte die Lindener Weberei in den Jahren 1924 bis 1927 15 Proz. 1928 noch 10 Proz. Dividende gezahlt, so schloß das Jahr 1929 bereits mit Verlust ab. Jetzt ist man sich klar, daß auf die Beteiligungen und das Barkonto ganz außerordentliche Abschreibungen notwendig sind, zu Lasten des Kapitals, genauer: zu Lasten der Aktionäre.

Und damit kommen wir zu einer Tatsache, die in der Blätterlese von Verwaltungspraktikern, die die Notwendigkeit der Aktienreform schlagend belegen, selbst unter den heutigen Verhältnissen einzig dastehen dürfte. Neben dem Kapital von 13,5 Millionen Mark gibt es nämlich Vorzugsaktien in Höhe von 66 000 Mark. Diese Vorzugsaktien sind im Besitz der Banken des Unternehmens, der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft und des Bankhauses Ephraim Meppel u. Sohn, Hannover (Gumpel). Diese Banken werden darüber „nur im Einverständnis“ mit der Gesellschaft (das heißt der Verwaltung) verfügen — also auch im Einverständnis mit der Verwaltung das Stimmrecht ausüben. Das Stimmrecht aber beträgt für gewöhnlich das Hundertfünftel, bei Beschlüssen über Befreiung des Aufsichtsrats, Statutenänderungen und Liquidation das Zwölftel, das Zwölftel, das Zwölftel! Damit kann man selbstverständlich alles machen; die Gruppe, die die Vorzugsaktien besitzt, braucht dazu nicht eine Stammaktie! Wer aber trägt die Verluste? Etwa die Banken, die Ende 1929 ungefähr 10,3 Millionen Mark zu fordern hatten? Etwa die Vorzugsaktionäre? Nein, allein die Stammaktionäre!

Es ist das alte Lied — eine allmächtige Verwaltung, gestützt durch die Stimmenmacht der Vorzugsaktien und der Depotaktien der Banken, operiert solange, bis das Kapital der „freien“ Aktionäre verwickelt ist. Wir wünschen der Verwaltung (und dem Aufsichtsrat) der Lindener Weberei eine „fröhliche“ Generalsammlung!

Wiking wird aufgekauft.

Ein neuer Zementkonzern in Westdeutschland.

Die Verhandlungen zwischen dem Wiking-Konzern und der Dyckerhoff u. Söhne A. G. wegen der Bereinigung des in Schwäbisch-geratenen Wiking-Unternehmens sind jetzt abgeschlossen.

Unter der Vorherrschaft der Familie Dyckerhoff wird eine neue Gesellschaft gegründet, deren Umlaufkapital auf 27 Millionen

neu

ist die 3 1/3 Prozent bessere Mischung
echt orientalischer Tabake

neu

ist das stärkere und längere Format
der Haus Bergmann „66“

neu

ist die orange und gelbe Packung
der Haus Bergmann „66“

neu

ist die „Mundstücklose“ Haus Bergmann „66“
Gelbe Packung: Rund-Dick-Ohne Mundstück
Orange Packung: Mit Goldmundstück



66

3 1/3

Markt bemessen wird. Von diesem Kapital entfallen 17 Millionen auf Diederhoff, 6 Millionen werden mit den Forderungen der Gläubigerbanken aufgerechnet und nur 4 Millionen entfallen auf Widling. Es stellt sich also heraus, daß das Kapital des stolzen Zementkonzerns in Deutschland, dessen Stellung unerschütterlich schien, von 20 bis auf 4 Millionen Mark zusammengestrichen ist, das heißt, eine Tausend-Mark-Aktie bis auf 200 M. entwertet wird.

Der Zusammenbruch des Widling-Konzerns ist ein ebenso trauriges wie typisches Beispiel, wie verhängnisvoll jahrelange Wirtschaft in der Kapitalinvestition und rücksichtslose Kartellpolitik sich letzten Endes auswirken. Die westdeutsche Widling-Gruppe gehörte seit jeher zu den mächtigsten und angriffslustigsten Konzernen der deutschen Zementindustrie. Die Lukenleiter, die im Revier des von Widling beherrschten westdeutschen Zementfeldes ihr Leben fristen wollten, können von den rigorosen Angriffsmethoden dieses Konzerns ein Liedchen singen. Aber die Bilanzjahre bis 1929, in denen die Zementindustrie infolge rücksichtsloser Ausnutzung ihres Marktmonopols in Deutschland über die hohen Konjunkturgewinne hinaus gewaltige Sonderprofite einfloßte, haben die Konzernherren bei Widling allzu übermütig gemacht. Millionen und aber Millionen wurden noch in einer Zeit sinkender Konjunktur in Neuanlagen gesteckt, obwohl die hervorragend eingerichteten Stammbetriebe nur mit knapp 50 Proz. ihrer Leistungsfähigkeit ausgenutzt waren.

Es war eine herrliche Zeit, wo man erst aus laufenden Betriebsgewinnen, später mit kurzfristigen Bankkrediten, die ja in Mengen den Konzernen zur Verfügung standen, den Neubau von Rammstufen finanzierte. Es war auch eine herrliche Zeit für die Aktionäre, als es Jahr für Jahr Dividenden in Höhe von 10 Proz. abfehlte. Die Verwaltung ließ die Aktionäre auch in dem Glauben, daß es mit diesen reichen Gewinnen so weitergehen würde, denn der Geschäftsbericht für 1929 sah die Welt für die Zementaktionäre noch in den rosigsten Farben. Für die Aktionäre des Widling-Konzerns ist es also ein böses Erwachen gewesen, als sie jetzt ihr Aktienvermögen bis auf ein Fünftel zusammengeschmolzen fanden. Bei der ungeheuren Verschuldung des Unternehmens bleibt die Frage offen, ob nicht noch ganz andere Kapitalverluste eingetreten wären, wenn nicht der Familienkonzern Diederhoff Appetit auf Übernahme der Widling-Betriebe verspürt hätte.

Das durch die Fusion neu entstandene Zementunternehmen wird bei weitem den stärksten Zementkonzern in Deutschland abgeben. Die Leistungsfähigkeit seiner Betriebe entspricht etwa der Kapazität, die die beiden nächst großen Zementkonzerne, die schlesische und die Heidelberger Gruppe, aufzuweisen haben.

Sollen die Straßen verfallen?

Sparen — aber mit volkswirtschaftlicher Vernunft!

Sparen ist die Aufgabe des Tages; die Folge ist Abbau auf allen Gebieten. Man muß aber mit Nachdruck darauf hinweisen: es darf keine Sparpsychose entstehen! Die Einschränkung der Ausgabenwirtschaft einer momentanen finanziellen Entlastung zuliebe darf nicht so weit gehen, daß dadurch Schäden entstehen, die später das Doppelte und Dreifache der heute „gesparten“ Summen zu ihrer Behebung erfordern.

Diese Gefahr besteht nach Ansicht der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen des Straßenbaugewerbes in besonderem Maße auf dem Gebiete des Straßenbaus. In einer Entschließung wenden sie sich energisch gegen den rigorosen Abbau der Ausgaben der Straßenverwaltungen. In der Zeit seit der Inflation seien Straßen im Werte von vier Milliarden Mark gebaut worden; diese Werte müssen auch in Notzeiten der Volkswirtschaft erhalten bleiben. Wenn nicht für die Pflege und die Unterhaltung der bestehenden Straßen, die durch den starken Kraftwagenverkehr aufs äußerste beansprucht wurden, die nötigen Mittel aufgewendet würden, so müßten die Unterlassungen von heute morgen in zwei- und dreifacher Höhe bezahlt werden. Die Volkswirtschaft würde bei Durchführung der geplanten Maßnahmen unendliche Verluste erleiden; in kurzer Zeit würden die Straßen den Ansprüchen für die Personen- und Güterbeförderung nicht mehr gewachsen sein.

Gefordert wird vom gesamten Straßenbaugewerbe — legt liegen bereits 80 Proz. der Straßenbaubetriebe still —, daß wenigstens die Mittel zur Unterhaltung der bestehenden Straßen bereitgestellt werden. Es wird an das Gutachten der Brauns-Kommission erinnert, das eine Ausdehnung des Straßenbaues empfahl. Die Ertragnisse der Kraftfahrzeug- und Betriebsstoffsteuern müßten in größerem Umfange dem Straßenbau zugeführt werden. Sobald sich die Möglichkeit bietet, sei eine Straßenbauanleihe aufzunehmen, die aus dem Aufkommen der Kraftfahrzeugsteuer zu verzinsen und zu tilgen sei.

Verkehrskreditbank verfündet ihr Kapital.

9 Proz. Dividende bei der Bank der Reichsbahn.

Die Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank, die als Bankinstitut der Deutschen Reichsbahngesellschaft deren Gelder verwaltet, nimmt eine Erhöhung ihres Kapitals von 4 bis auf 20 Millionen Mark vor. Die Heraushebung des Aktienkapitals kommt in-

sofern nicht überraschend, als der Geschäftsumfang der Bank schon lange über die schmale Kapitalbasis hinausgewachsen war; allerdings hatte man nicht mit einer derart umfangreichen Kapitalerhöhung gerechnet.

Für das am 30. Juni beendete Geschäftsjahr 1930/31 wird eine Dividende von 9 gegen 12 Proz. im vorhergehenden Jahr ausgeschrieben. Die Einnahmen aus dem Frachtfuhrungsgeschäft gingen im Berichtsjahr von 0,95 auf 0,89 Millionen und die Zinseinnahmen von rund 2 auf 1,8 Millionen zurück. Die Handlungsunkosten zeigen dagegen nur eine geringe Entlastung von 2,58 auf 2,51 Millionen. Der Reingewinn wird mit 0,83 gegen 1,07 Millionen ausgewiesen.

Im Zusammenhang mit dem Rückgang des Güterverkehrs bei der Reichsbahn und den erheblichen Einnahmearausfällen ist auch bei den Geschäften der Bank ein entsprechender Rückgang eingetreten. Die Summe der gestundeten Frachten verminderte sich von 1,77 auf 1,42 Milliarden, also etwa in dem gleichen Umfang wie der Güterverkehr bei der Reichsbahn. Die Kontenzahl hat mit 19373 nur eine verhältnismäßig sehr geringe Senkung erfahren. Größere Ausfälle bei den Frachtschulden waren nicht zu verzeichnen.

Die Gläubiger gingen von 416,4 auf 388,7 Millionen Mark zurück, da sich die Einlagen der Reichsbahn entsprechend ihrer sinkenden Verkehrseinnahmen verringerten. Die Bank sah sich daher gezwungen, in starkem Umfang ihre Bankguthaben zu beanspruchen, die von 301 bis auf 164 Millionen Mark sanken. Im Geschäftsbericht weist die Verwaltung auf die besonderen Schwierigkeiten hin, die im Juli, also nach dem Bilanzstichtag, in der Kreditkrise eintraten. Die Einnahmen der Reichsbahn sanken in dieser Zeit erheblich, andererseits aber mußten die Löhne und Gehälter für die Reichsbahn sichergestellt werden.

1098 amerikanische Banken pleite.

Die Gesamtzahl der Banken, die bis Anfang September im Laufe dieses Jahres in den Vereinigten Staaten ihre Schalter geschlossen hatten, beläuft sich jetzt auf 1098. Die Summe der Einlagen, die diese Banken verwalteten, beträgt 775 Millionen Dollar oder 3,28 Milliarden Mark. Es handelt sich dabei vorwiegend um kleinere Landwirtschaftsbanken, die infolge des Preissturzes für landwirtschaftliche Erzeugnisse von der Krise am stärksten betroffen wurden.

Die deutsche Rohstoffgewinnung ist im August, nachdem der Juli durch die Russenaufrage eine Erhöhung gebracht hat, wieder zurückgegangen. Sie ist arbeitstäglich gegen Juli von 29 777 auf 26 499 Tonnen gesunken.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats Theater
Staatsoper Unter den Linden.
Donnerstag, den 24. September
20 Uhr. Ende 22½ Uhr.
Der fliegende Holländer

Stadt-Schauspielhaus
Sondermannstr.
Anfang 20 Uhr
Nora

Schiller-Theater
Darlitzstr.
Anfang 20 Uhr
Emilia Galotti

Winter Garten
8.15 Uhr. Flora 3434. Rauchen erlaubt.
Die Sechse von der Staatsoper.
Cortina Dollarsagen. Salerno.
12 Bratianos. Rhoenrad-Sens usw.

Theater des Westens
Täglich 8¼ Uhr
bis inklusive Sonntag.
4 Abschiedsvorstellungen.
Richard Tauber
in „Das Land des Lächelns“.

Theater am Neffendorfsplatz
Täglich 8¼ Uhr
Sonntag nachm. 4 Uhr
Max Adalbert
in: Der beschleunigte Personenzug
Sonntag nachm. 4½ Uhr
Preis von 0,25 M. an

Reichshallen-Theater
Abends 8 Uhr, Sonntag nachmittag 3½ Uhr
Stettiner Sänger
Britton 50.
„Ein schöner Traum“
Nachmittags halbe Preise.

Billige, geräumige, sonnige Neubau-Wohnungen
1½-4½ Zimmer mit Bad und Balkon in verschiedenen Größen Groß-Berlins
persofort und später zu vermieten
Einfach
Köpenicker Straße 50, F 7 Janowitz 6011
Wochentags 9-15, Sonnabends 9-12 Uhr

Am Dienstag, dem 22. September verlor nach langer Krankheit unser lieber Vater
August Meyer
im 87. Lebensjahr.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Einäscherung findet am Sonntag, dem 29. September, mittags 12½ Uhr, im Krematorium Gerickestraße 37/38, statt.

SCALA
Barbarossa 9256
Tgl. 5 u. 8½ Uhr.
THE 22 INCENUES HUDSON-WONDERS
und das große Sept.-Programm

PLAZA
Tgl. 6, 8, 10, 12, 2, 4, 6, 8, 10, 12
Das neue Variete-Programm!
Die rollende Revue der 15 Deblairs
Raumonda-Ballett
mit weltberühmten

HAUS VATERLAND
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

Berliner Theater
Charlottenstr. 90-92.
Dönh. 625-626.
Gruppe junger Schauspieler
Heute 8¼ Uhr
AVANTGARDE
von Valentin Katzjw.
Preise 0,50 bis 4.—
Garderobe, Programm 0,30 M.

Der erste große Russen-Tonfilm
Täglich 7 9½ • Sonntag 5 7 9½
MOZARTSAAL
Nollendorfspl. / Vorwerk 12-2 / B 7, Pallas 0678
Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Verwaltungsmittglieder! Achtung!
Freitag, den 25. September, abends 7 Uhr, Sitzung der Mittleren Ortsverwaltung. Die Ortsverwaltung.

Weintrauben-Gelee
4 Pfd. Weintrauben, dunkle oder helle (netto, d. h. die abgestreiften Beeren gewogen), werden im Kochtopf mit dem Holzstampfer gründlich zerdrückt, aufs Feuer gesetzt und unter Umrühren bis zu 60-80°, also kurz vor dem beginnenden Kochen, erhitzt. Nun gibt man die Trauben in ein Leinentuch, läßt den Saft durchlaufen, preßt das Leinentuch mit den zurückgebliebenen Traubenschalen gründlich aus. Man erhält 2½ Pfd. — 1¼ l Saft. (Sollte sich mehr Saft ergeben, so muß dieser anderweitig verwendet werden, da nicht mehr als 2½ Pfd. gebraucht werden dürfen.) — Diese 2½ Pfd. Saft bringt man nun mit 1 Pfd. Zucker (nach Belieben 1 Stange Vanille) unter Rühren zum Kochen. Nachdem es auf der ganzen Oberfläche brausend kocht, läßt man weitere 7-8 Minuten durchkochen, fügt nochmals 2 Pfd. Zucker hinzu (keinesfalls weniger), läßt wieder 2 Minuten brausend durchkochen, nimmt den Topf vom Feuer, rührt den Saft einer Zitrone sowie eine Flasche Opekta „flüssig“ zu 95 Pf. (was ebenfalls einem halben Pfd. Saft entspricht) 1-2 Minuten gut in die heiße Masse und füllt in bereitstehende Gläser. — Weintrauben-Gelee ist sehr vitaminreich und blutreinigend.

Opekta
rein aus Früchten gewonnen
Opekta-Gesellschaft m. b. H., Köln a. Rh.

8¼ Uhr **CASINO-THEATER** 8¼ Uhr
Lothringer Straße 37.
Nou! Sie lachen Tränen Nou!
Über die tolle Posse
Dodo, das öffentliche Aergernis
Dazu das neue bunte Progr. I
Gutschein 1-4 Personen.
Parkett nur 80 Pf.
Fauteuil 1.— Mark. Sessel 1,50 Mark

Städt. Oper
Charlottenburg
Bismarckstraße 24
Donnerstag, d. 24. 9
Turnus I
Anfang 18½ Uhr
Götterdämmerung
Ende 22½ Uhr

GROSSES TAGLICH 8 UHR
REGIE: CHARELL
Im weißen Rößel
DER WELTERFOLG!
Sonntag nachmittag 3 Uhr billige Preise

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
8 Uhr
Nebeneinander
Volksstück in 5 Akten von Georg Kaiser
Regie: K. H. Martin

Metropol-Theater
Täglich 8¼ Uhr
Sonntags 4 u. 8¼ Uhr
die neue Paul-Abraham-Operette
Die Blume von Hawaii
Preis von 1.— M. an

Komische Oper
8¼ Uhr
Thron zu vergeben
Operette v. Neidhart
Musik v. Witmann
Leux, Elster, Lilien
Preis: 0,50-7.— M

Deutsches Theater
8 Uhr
Kabale und Liebe
von Schiller
Regie: Max Reinhardt

Kurtürstendamm-Theater
Bismarck 448/49
8¼ Uhr
Die schöne Helena
von Jo cques Offenbach
Regie: Max Reinhardt

Theater im Admiralspalast
Täglich 8¼ Uhr
Die Dubarry
mit
Gitta Alpar
Preise v. 0,50 M. an

Lesson-Theater
Dir. Dr. Robert Klein
Tel.: Wolden am 0845.
8¼ Uhr
Junge Liebe.
Moshalm, Bravauwetter, Haack, Homolka.

Tierpark über 800 Tiere
Täglich v. 9-19 Uhr. Randtierfütterung 11 Uhr.

! Die Sensation von Berlin !
50 Gross-Attraktionen
im neuen riesigen Kennbahnzirkus
dem weitaus größten Sechsmasten-Zelthallenbau Europas.
Tierpark über 800 Tiere
Täglich v. 9-19 Uhr. Randtierfütterung 11 Uhr.

ROSE-THEATER
Letzte Woche
„Rose Bernd“
Traute Rose
in der Titelrolle
Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag 6 und 9 Uhr
An allen andern Tagen 5¼ Uhr
Preis: 0,50-3,00
Große Frankfurter Straße 132
Vorverkauf Täglich 11-1 und 3-9 U. E 7, 3422

HEUTE
Punkt 7,45 Uhr abends
Prunkvolle
Gala-Premiere
Preise ab 0,50 M.
! Die Sensation von Berlin !
50 Gross-Attraktionen
im neuen riesigen Kennbahnzirkus
dem weitaus größten Sechsmasten-Zelthallenbau Europas.
Tierpark über 800 Tiere
Täglich v. 9-19 Uhr. Randtierfütterung 11 Uhr.
Vorstellungen: Täglich 7,45 Uhr, Mittwoch, Sonnabend, Sonntag auch 3 Uhr nachmittags.
Erwerblose u. Kleinerwerblose: Halbe Preise Werktags nachmittags vom Seitenrang aufwärts.
Kinder: Halbe Preise in all. Nachm.-Vorst. v. Seitenrang aufwärts.
Vorverkauf: Wertheim mit Filialen, Karstadt n. Zirkus (Tel. F 6 Baerwald 1919).

Den Jungen!
„Den Jungen“ hat Friedrich Stampfer, Chefredakteur des „Vorwärts“, sein Buch
Grundbegriffe der Politik
gewidmet, das jetzt in neuer, erweiterter Auflage erschienen ist. In Leinen gebunden M. 4.50, kartoniert M. 3.60
Zwei Urteile:
„Die leichtflüssige Schreibweise des Verfassers und seine geschickte Art, schwere Probleme in populärer Form darzustellen, machen das Buch geradezu zu einem Volksbuch...“
„Volksfreund“, Karlsruhe
„Es ist zu wünschen, daß in erster Linie alle Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre sich eine solide politische Grundlage aus diesem Buch holen, aber auch mithelfen, das Werk Stampfers der Mitgliedschaft in weitestem Maße zugänglich zu machen...“
„Der Proletarier“, Hannover
Zu beziehen durch die Buchhandlung
J. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H.
Abt. Sorilment, SW 63, Lindenstr. 2
sowie durch sämtliche „Vorwärts“-Ausgabestellen und deren Botenfrauen

Heinrich Heining: Das Wunder

Der Bauer Per Wihberg sah seit drei Wochen die langen Abendstunden in der Kirche und betete. Er hatte einiges gutzumachen.

Das Frühjahr hatte er in Aneipen verlobt und trotz eigener bewiesener Häuslichkeit frohfreundliche Nachtquartiere nicht verschmäht. Die Acker waren in diesem verspäteten Frühlingsbrausen des knatigen Sechzigers etwas zu kurz gekommen und mußten sich zufriedengeben, als ihre gewohnte Fütterung mit Saat und Dung sich nur regellos und mit arger Verspätung vollzog.

Als nun der Sturm sich gelegt hatte und Pers männliches Gefühl seiner agrarischen Einsicht wich, wurde er nervös, rannte ruhelos und reuevoll über die spärlich spritzenden Felder und verfluchte den Frühling. Seine Angst vor einer Missernte wuchs im Geplatter seiner leidenden Gemahlin. Per, der immer ein leidlich selbstbewußter Mann gewesen war, erschien in dieser peinlichen Sorge wie gemandelt. Wenn er sich nicht gerade verzweifelt an den restlichen Beständen seiner grauen Haarbürste zapfte, die spärlich wie seine kümmerlich treisenden Felder, das massive Haupt zierte, blinzelte er bangend und doch nicht hoffnungslos in den vorsonnenlich sich öffnenden Himmel. Eines Tages stand es für Per fest: die einzige noch für ihn in Frage kommende Persönlichkeit war der liebe Gott.

So sah der Bauer Per Wihberg nunmehr seit drei Wochen die langen Abendstunden in der Kirche und betete. Er versuchte zu retten, was zu retten war.

Der Küster Alexis Watt mußte Frömmigkeit sehr zu schätzen; seine beruflichen Funktionen lagen ja in diesen Bezirken und die wirtschaftliche Produktivität seines heiligen Amtes war von dem Grade und dem Umfang des örtlichen Glaubenseifers abhängig. Aber die spätabendliche leise Betätigung des Per Wihberg ging doch über die Grenzen seiner Berufsinteressen hinaus. Das hatte seine besonderen Gründe. Er durfte, selbst wenn die zur Kirchenschließung vorgeschriebene achte Stunde vorüber war, niemandem die Gelegenheit zu hübenem Gebet im Kirchenraum vorenthalten, und er hatte hübsch zu warten, bis nach dem Ausdüften des Beters der Seele das notwendige Heilsmaß widerfahren war und er sich getrost in sein Heim begab. Per Wihberg zeigte in seinem neuen abendlichen Reiter die gleiche Ausdauer, die er in verzeigten, verwürfelten und verlebten Nächten mit Nachdruck bewiesen hatte. Er verließ selten vor Mitternacht die Buhbahn und zog sich hierdurch die Feindschaft des Küsters Alexis Watt zu.

Das Maß dieser feindseligen Gesinnung gegen den hartnäckig hübenenden Sünder können wir erst ermessen, wenn wir wissen, daß Alexis Watt der erste Vorsitzende eines Rauchklubs war, dessen Sitzungen, zweimal die Woche, bereits unmittelbar nach dem Abendbrot begannen. Der Küster hatte schon mit allen Mitteln versucht, Per Wihberg davon zu überzeugen, daß in seinem speziellen Falle die Buhübungen auf freiem Felde für ihn unbedingt erfolgreicher sein müßten, da er sich ja schließlich an seinen Feldern verjüngte habe. Per leuchtete diese etwas konstruierte Folgerichtigkeit nicht ein. Er büßte sich wie vor mit Ausdauer in der Kirche und ging selten vor Mitternacht.

Auß in diesen Wochen hatte der Rauchklub Generalversammlung, bei der Batts Anwesenheit unbedingt erforderlich war, zumal der offiziellen Tagesordnung sich eine frühliche Sitzung anschloß, als deren Höhepunkt seit jeher des Küsters kunstgerichte Nachahmung von Tier- und Frauenstimmen galt. Watt wollte sich erneute Triumphe seiner Kunst unter keinen Umständen entgehen lassen. Er erlangt ein verzweifeltes Mittel.

Per sah hübenend und wie es schien, schlummernd im Bett. Die tiefe Ruhe des Kirchenraumes durchzog ein zartes Schnarchgeräusch. Plötzlich zuckte der Körper zusammen; mit aufgerissenen

Augen stierte er zur Decke. Was war das? Irgendwoher klang in melodisch und engelhaft süßem Sprechgesang: „Gehe heim, Per Wihberg, dir ist vergeben. Die Ernte wird gut. Gehe heim.“

Immer wieder verkündete die milde Stimme die verjöhnende Botschaft. Per sah verzückt. Der bange Zweifel wurde im immerwährenden Klingen des Wortes zu froher Gewißheit. Er dachte: Das Wunder erheischt Dank; jetzt gehe ich vor morgen früh nicht nach Hause.

Erst als die Gnadenstimme mit merklich energischem Unterton das „Gehe heim“ nachdrücklicher betonte als das „Die Ernte wird gut“, reichte der Alte den knorrigen Körper und ging in tiefem Glück sinnend seines Weges.

Die Generalversammlung des Rauchklubs erreichte, wie in jedem Jahre, ihren festlichen Gipfelpunkt, als der Küster Alexis Watt seine amtliche Tätigkeit als erster Vorsitzender mit der künstlerischen Funktion eines Tier- und Frauenstimmen-Imitators vertauschte. Die Begeisterung war herzlich und laut, und als zu vorgerückter Stunde Alexis sich anschickte, mit Engelszungen zu reden, wurde diese Repertoirebereicherung mit immer neuem Beifall hingenommen, der sich teils in Gebrüll, teils in Spenden geistiger Getränke äußerte. So wurde diese Kunst belohnt.

Zu gleicher Zeit zog der glückliche Per über seine Felder. Er konnte keine Ruhe finden. Es war ihm, als trüge ihm der Wind aus der Richtung des Rauchklublokales die froh verheißende Wunderstimme zu. Aber es war wohl nur die Einbildung seines vor Freude berauschten Kopfes.

Uebrigens wurde, trotz des Wunders, die Ernte nicht gut. Die Sonne hatte zwar geschienen, der Regen war vorchristlichmäßig gefallen und auch der Boden war immer noch gut. Aber Bilus, Egge und Harke hatten ihn zu wenig gepflegt, die Saat hatte zu spät eingefeigt und an dem nötigen Dung hatte es auch gefehlt. So konnte es, naturgemäß, nicht ausbleiben, daß Per Wihberg bezüglich seiner Ernte enttäuscht wurde.

Diese Enttäuschung übertrug sich sofort auf des Bauers Lebenshaltung. Frohe Kneipe und frohes Nachtquartier waren wieder wichtige Programmpunkte. Zudem beantragte er seine Aufnahme in den Rauchklub. Der Küster hatte sich zwar verzweifelt gegen die Aufnahme von Per Wihberg gewehrt und alle denkbaren Schändlichkeiten der Person und des Charakters angeführt. Aber es hatte nichts geholfen. Per wurde ein pünktliches, rauch- und trinkfestes Mitglied.

Seit dieser Zeit verzichtete der Küster auf seine künstlerischen Darbietungen. Er war immer mihmutig und erklärte den Kumpanen seine Reserve aus der mit Fadmiene vorgetragenen Erkenntnis, die Nachahmung von Stimmen sei sündhaft und gottlos.

Als jedoch, nach unmäßigen Genuß des in Schwedens Breiten gebräuteten Brantweins, Alexis Watt nicht mehr den notwendigen inneren Widerstand gegen den Ansturm seines künstlerischen Ehrgeizes fand, stellte er sich beifällig auf den Tisch und kopierte Enten, Pferde, Ochsen und die Frau Bürgermeister, daß es nur so eine Freude war. Als er sich aber in seinem alkoholischen und künstlerischen Rauch dazu verließ, mit Engelsstimmen zu reden, wurde Per Wihberg plötzlich blaß, trank, wurde noch blässer, und trant wieder.

Aus ungeklärten Gründen entspann sich unmittelbar nach der Darbietung eine furchtbare Keilerei, in deren einzelnen Komphandlungen heulisch Per Wihberg als Angreifer und Alexis Watt als Angriffsobjekt feststisch wurden. Wertwürdigerweise zog sich der Küster bald danach von dem einst so geliebten Rauchklub zurück und führt seitdem mit sich und seiner Kunst im Zaubers seines künstlerischen Arbeitsfeldes ein gottgefälliges Leben.

Ja, nach einigen Schwierigkeiten. Und das ist alles, was von Nieme drinne fortkommt? — Nein, auch der eigentliche Held erlebt eine Liebesgeschichte. Mit wem du? — Mit der Lehrerin des Dorfes. Und die triegen sich auch? Oder nicht? — Doch, ganz zum Schluß. Das Buch ist sehr schön. Weindwegen. Nehm duh ichs nicht. — Ich kann es Ihnen aber wirklich sehr empfehlen. Ja, ich glaub's schon. Vor wenn ich ein Roman les, da will ich doch geschamnt sinn, wie die Geschichte ausgeht. Schodds dessen hamn Sie mir doch nu schon alles flüß um klar ferraden. . .

Raymond W. Chanen: Justizmord!

Der „Heraldo von Mexiko“ teilt unter dem 24. Juli folgendes mit: Der jahreplanmäßige Expresszug von Guadaluajara nach Mexiko ist gestern, abend um 7 1/2 Uhr von der über den San-Juan-Bios führenden Eisenbahnbrücke herabgestürzt. Bei dieser Katastrophe wurden 28 Menschen getötet, während 42 schwer verletzt wurden. Die Verantwortung für die Katastrophe wird dem Zugführer zugeschrieben, der am Haltesignal achtlos vorbeigefahren sein soll.

Wir schreiben den 27. Juli. Das Gericht ist zusammengetreten. Der Staatsanwalt, Don Tilmonte, ergreift das Wort: „Meine Herren! Die Eisenbahnkatastrophe bei San Juan del Rio am 23. dieses Monats hat 28 Menschenleben gekostet, und viele Verletzte liegen schwer danieder. Eine sofort nach der Unglücksstätte entsandte Kommission hat festgestellt, daß der Lokomotivführer Terre das Haltesignal unbeachtet gelassen hat. Sehr schwerwiegend für Terre ist außerdem der Umstand, daß es ihm selbst gelungen ist, abzuspringen und sich in Sicherheit zu bringen. Er beweert seine Unschuld. Diese Versicherung macht auf mich nicht den geringsten Eindruck. In Anbetracht des Umfangs der Katastrophe und der geradezu unbeschreiblichen Fahrlässigkeit Terres verlange ich, daß er zum Tode verurteilt wird.“

Im Heraldo von Mexiko steht unter dem 29. Juli zu lesen: Heute morgen um 9 Uhr 20 Minuten fand die Hinrichtung des Zugführers Miguel Terre statt. Terre, der bis zum letzten Augenblick seine Unschuld beteuerte und hartnäckig darauf bestand, daß das Haltesignal auf „Durchfahrt“ gestanden habe, ging erhobenen Hauptes in den Tod. Der Staatsanwalt Tilmonte verlas vor der Hinrichtung das Urteil.

Da erschien Kriminalinspektor Pablo Juez! Don Tilmonte, der Staatsanwalt, sah auf. Er war außerordentlich überrascht, so früh am Morgen vom Inspektor Juez aufgesucht zu werden.

„Ich bitte um Entschuldigung!“ Einige Minuten danach sah Pablo Juez, einer der geschicktesten mexikanischen Detektive, ihm gegenüber. Das Gesicht des Detektivs war todernst, als er zu reden begann: „Gut Gnaden, wir haben einen Justizmord begangen! Miguel Terre war unschuldig!“

Tilmonte blinnte auf. Jeder Blutstropfen schien aus seinem Gesicht gewichen zu sein. Sein scharfer Blick bohrte sich in die Augen des anderen. „Was — was sagen Sie, Juez! Mit so ernst Dingen treibt man doch nicht seinen Spaß!“

„Spaß?“ Juez sah fast wehmütig in die Augen des Staatsanwalts. „Spaß, sagen Sie, Eggellenz? Ich wollte . . .“

Tilmonte war aufgesprungen. Der ernste, fast feierliche Ton des Detektivs hatte ihm das Blut in die Wangen getrieben. Er zitterte am ganzen Körper. „Kann! Juez! Ist das Ihr Ernst! Ein Justizmord? So reden Sie doch schon . . .“

Da begann Juez in seiner überlegenen, kühlen Art: „Während der Gerichtsverhandlung fing jeder Terre an, mich zu interessieren. Ich bin ein guter Menschenkenner, und für Terre jedesmal seine Unschuld versicherte, wurde es mir nach und nach klar, daß er unschuldig sein mußte! Aber Sie, Eggellenz, glaubten dem armen Teufel nicht. Sie verlangten seinen Kopf. Und nun hören Sie weiter! Sofort nach der ersten Gerichtsverhandlung begab ich mich in das kleine Bahnwärterhaus bei San Juan del Rio und stellte dort fest — bitte, beachten Sie meine Worte genau —, daß die Uhr 5 Minuten nachging.“

Tilmontes gespannter Blick ruhte auf Juez, etwa wie der eines Angeklagten auf seinem Richter, während dieser das Urteil verliest. „Ja — und was weiter — ist das alles.“

Mit dem Ausdruck maßlosen Erstaunens blinnte Juez dem Staatsanwalt ins Gesicht. „Ist denn das nicht genug, Eggellenz? Das vielbesprochene Haltesignal ist 18 Kilometer weit von der Unglücksstelle entfernt. Da nun der Express genau auf die Minute das Haltesignal passierte und dieses wiederum 5 Minuten zu spät auf „Halt“ gestellt war, so mußte Terre doch unbedingt annehmen, die Bahn sei frei. Als das Haltesignal endlich auftauchte, da hatte der Zug bereits die Unglücksstelle erreicht. Durch einen tollkühnen Sprung in der allerletzten Sekunde rettete Terre sein eigenes Leben, das ihm allerdings von der Jury wieder aberkannt wurde, ohne den geringsten Beweis dafür, daß Terre verantwortlich war.“

Der „Heraldo von Mexiko“ vom 2. August teilt folgendes mit: Heute morgen wurde der berühmte Detektiv Pablo Esteban Juez in der Nähe des Palastes des Staatsanwalts Don Tilmonte ermordet aufgefunden. Der weit und breit bekannte Detektiv hinterläßt eine Witwe mit zwei Kindern.

Don Tilmonte hat sich großmütig bereit erklärt, für diese zu sorgen.

Unser Land kann mit Recht stolz sein auf diesen Staatsanwalt.

Gefährliche Schnecken und Muscheln. Daß die Schnecken und Muscheln nicht so harmlose Tiere sind, wie man im allgemeinen annimmt, haben die Zoologen längst festgestellt. Vor einiger Zeit gab es große Aufregung, weil der Hauptplatz Hollands gegen das Meer, die Dampfpfähle, von Bohrwürmern bedroht wurden, die übrigens nicht nur Holz angriffen, sondern auch in den härtesten Stein Löcher bohren. So erging es mit den antiken Säulen von Pozzuoli bei Neapel. Dies Bohren geht in der Weise vor sich, daß die Muscheltiere eine scharfe Säure absondern, die den Stein verbrennt. Es muß sich also um eine Art Schwefelsäure handeln, und tatsächlich haben Untersuchungen ergeben, daß bestimmte Schnecken in ihrem Speichel freie Schwefelsäure ausspritzen.

Das Bellen eines an Tollwut erkrankten Hundes ist kürzlich in einem Mikrophon aufgefangen und auf einer Schallplatte festgehalten worden. Diese Platte wird im Rundfunkarchiv aufbewahrt und im Falle des Ausbrechens von Hundetollwut in einer Gegend der Einwohnerchaft zu Gehör gebracht werden, damit das überaus charakteristische Bellen tollwutverdächtigter Hunde rechtzeitig zu entprechenden Schutzmaßnahmen führen kann.

Der Blüß reißt Trauben. Wie aus Croix-Valons in Frankreich berichtet wird, brachte in einem Weingarten der Stadt ein einschlagender Blüß sämtliche Trauben zur Bolkreife. Es wäre interessant, zu dieser seltsamen Nachricht Ansichten der wissenschaftlichen Welt zu erfahren.

Aus der guten alten Zeit. Ein Theaterzettel aus dem Jahre 1731 wird im Braunschweiger Stadttheater aufbewahrt. Nach Ankündigung des Stüdes heißt es darin: „Zur Bekwemlichkeit des Publikums ist angeordnet, das die erste Reihe sich hinteg, die zweite Reihe links, die dritte rechts, die vierte links, also konnens Alle sehen. Das Lauchen ist verboten, weiß ein Drauerpiel ist.“

Walter Appelt: Aus Sachsen

Rastanien.

In so ner Rastanien-Alle, da sieht mr doch so richd, wie ibbig de Raduhr is. Bei jeden Schritt meche mr ossaffen, doch mr nich off eene dridd un schdolbert. Unn deordredlich bedrachdet, kennend dos nu alles mal solche große Beime wern. Somas imboniert mr tolofall.

Aur eegentlich ises Ferschwendung. Da heechds immer, dr Rensch soll sich de Raduhr zum Beschpiel nemm, unu soll sich in sein gansen Lähm unu Schdrähm nach dr Raduhr richden. Na, da kennde was Scheenes drine rauskomm. Sehns, ich bin Todezraf. Nu nemme mal an, enne Rudder läßt bei mir ihr Beerwih fodegrastern, unu beschdest ä hotwes Dugend Bilder. Mehr nimmt heide ja doch tee Rensch, weil se alle tee Geld hamn. Was misde ich denn da machen, wenn ich mich nach dr Raduhr unu ihen Bewohnheeden richden woldde? Da misde ich son den Beerwih silleicht Schdiater fuffz Bilder machen, unu die ierwigen, die nich bestellt sinu, die kennde ich zum Fenschder nauschmeihen oder in Babbierforb hawn. Nu sag'n Se selber, wie sollde ich denn bei so ner Fenerbrudrudsjohn off weine Kolden komm, wo's bei unu schon somies immer schimmer werd mit den fieln Ammedöbrfodegrafen. Unn ierwdragen Se das mal off enne Grubbenoffnahme, die mich selber detter genug komnt. Da war ich in ferjn Dagen bankrodd.

So werdlich is doch das ooch nich gemeent, daß mr sich de Raduhr als Muder nemm soll. Unn bloß aus lauber Sinnlichkeet wachsen doch die fieln Rastanien schließlich ooch nich. Die erfilln drweg'en alle ihen Jwed.

Was denn fr een? Beime wern ja doch bloß aufn wenigiden. Nu, den andern ihre Beschdimnung is silleicht, dasse unu Rensch'en enn schen Anblid bieden in ihen jungfrellichen Glans unu mit ihrer feldlichen braun Farme.

Uß, da guken doch de meisden ierwheubt nich hin. Da sin se selber schuld. De Raduhr kann doch nich drfor, wenn de Rensch'en tee Ferschdändnis hamn, wie guhd ses midn meent. Aur denken Se doch mal an de Kinder, wie schen die mit den Rastanien schbieln!

— Ich will Ihn mal was sagen: wenn de Raduhr das anderlich eingerichdet hädde, nämlich daß off den Rastanienbeim teene Rastanien wachsen dähden, sonderu meindwegen Flaum oder Schbilinge — das war den Kindern zehnmal liewer. Da dähden die gerne off das Schbieln ferzichden.

Sie, da kann ich Ihn was erzäh'n, was Sie silleicht umschdimmt. Mei Walder, der hat forjes Jahr mal eene Rastanie in ä Fenschder geschmissen. Raoderlich habb ich dos bezahn misfen. Das hat sechs Wart unu simfnzwanzig Fenge gekost.

— Unn das soll mich ierwzeigen, daß die Rastanien nichlich sinu? Au heerne!

Samah! Schdieln Se sich mal for, s gab keene Rastanien Was hädde dn der da gemacht? Da hädde der enn Schdeen genomm. Unn

was war de Folge gewesen? Das war doch ä Dobbelsen der — da war nich bloß die eihere Schrieme tabuddgegang, sondern ooch die unnt mit. So ä Schdeen, der hat doch fiel mehr Wucht. Das misfen Se doch zugäh'n. Unn da hädde ich anshdadd eener Scheiwe zwee Scheim bezahn misfen. Anshdadd sechs Wart unu simfnzwanzig Fenge zwalf Wart unu fuffz Fenge. Unn was war dadrjon wieder de Folge gewesen? Daß der Junge nadierlich ooch dobbelt soviel Dreische getriegt hädde. . . . Sehn Ses nu ein?

In der Leihbibliothek.

Gudden Dag, ich meche ä Buch. Aur ä recht schernes. — Eimas Keltteres oder eimas Reueres?

Radierlich was Reiteres. Wissen Se, bei den alden Biedjern, da schdeert mich dos immer tolofall, daß manche Veler solche Schdurn drinne hinterlassen hamn. Da sinu monchnal Seiden rausgerubbt oder Blätter zusammgekleeht, weisse beim Lesen feddje Finger gehadbt hamn, unu allemal grade wo's an indressandigen is. Unn dann gibbds ooch welche, die roochen Zigaretten drbei, unu wemmer nachher so ä Buch offschlägt, da schdielt een de Asche nr so ins Gesicht. Also gähm Se mir liewer nich so ä aldes.

— Ich meinte eigentlich, ob Sie ein Buch von einem älteren oder von einem neueren Schriftsteller haben wollten.

Ah so. Was sinu da dr Underfchied?

— Ja, wie soll ich Ihnen das mit wenigen Worten sagen? Zerbrechen Se sich nich welder n Kobb! Gähm Se mir eens son enn neieren!

— Einen Roman?

Aur selbstferchdändlich! Oder hamn Sie siellicht gedocht, enne Anleidung zr Ferschdellung son kindlichen Schdoffstüch? Das is nichd fr mich.

— Also schon, einen Roman. Hier ist einer von Paul Keller Zeigen Se mal! Wie hecht der? Subberdus? Sie, das kenn ich. Das is doch die Geschichte son den Hirsch?

— Nein, der Roman heißt nur so, weil er im Walde spielt. In Wald? Bofftert denn da ooch was?

— O, sehr viel. Der Hild, der aus der Stadt geflüchtet ist, erledt sogar überaus viel Aufregendes.

Warum haddn der ausreihen misfen? Der hädde wohl gemaust? Unn nu muhr sich ferschdecken? Unn da kommdr wohl under de Reimer?

— Nein. Und gestohlen hat er auch nicht. Aber im benachbarten Dorf geschehen viele seltsame Dinge. Mord, Brandstiftung, Liebe, Haß, Eiferjudt.

Unn son Nieme kommt nichd drinne for? — Doch, Zenug. Wie ihn das? Was sinu du da fr Berfohn? — Da sind zum Beispiel Zwillingsschwestern, die eine Gastwirtschaft betreiben. Unn heitraden die doch, alle beede?

Der Brotpreis für Erwerbslose

Vier Pfennige Ermäßigung, Bäckerspanne noch zu hoch.

Im Reichsernährungsministerium haben wieder einmal Brotpreisenverhandlungen stattgefunden, von denen die Öffentlichkeit mit der Zeit den Eindruck erhalten hat, daß dabei doch nichts herauskommt und daß der Reichsernährungsminister Schiele nur so tut, als ob er täte. Diesmal geht es um die Frage, eine Verbilligung des Brotpreises für die Arbeitslosen in Berlin herbeizuführen. Die Organisationen der Bäcker haben eine Preisermäßigung von 4 Pfennigen für das 1250 Gramm schwere Brot zugestanden. Das Ministerium, das anfänglich einen größeren Preisnachlaß forderte, hat sich anscheinend mit dieser Konzeption zufrieden gegeben und die Angelegenheit dem Berliner Magistrat, der die Einzelheiten zu regeln haben wird, überwiesen.

Wir nehmen an, daß der Berliner Magistrat sich die Konzeption der Bäckermeister und Brotfabriken noch einmal genau ansehen wird. Wir halten den Preisnachlaß um 4 Pf. für 1250 Gramm für durchaus ungenügend. In den sächsischen Städten haben die Bäcker z. B. einen Nachlaß von 4 Pf. für 1000 Gramm zugestanden. Was schließlich in Sachsen geht, muß auch anderswo gehen. — Darüber hinaus ist es an der Zeit, die Frage des Brotpreises ganz allgemein aufzuwerfen. Wir leben heute in einer fürchterlichen Krise, wie sie die Wirtschaftsgeschichte kaum gesehen hat. Wir müssen aber feststellen, daß z. B. in Berlin der Brotpreis höher liegt als im vorigen Winter. Die berühmte Bäckerspanne, der Unterschied zwischen den Preisen für Mehl und dem Brotpreis, beträgt gegenwärtig in Berlin 17 Pf. Im vorigen Winter hat er nur 15 Pf. betragen. Das sind Auswüchse, die die Öffentlichkeit nicht hinnehmen kann. Es gibt keine Argumente, die die Steigerung der Bäckerspanne in Berlin — und in anderen Städten wird es wohl nicht anders sein — um 2 Pf. rechtfertigen könnten. Das Bäckergewerbe kann doch schließlich in einer Zeit, die energisch eine Abladung der Preise fordert und die täglich neuen Lohnabbau bringt, für sich keine Lohn erhöhungen durchführen. Daß es auch mit einer niedrigeren Bäckerspanne geht, zeigt z. B. Leipzig, wo sie nur 12 Pf. beträgt.

Durch eine Verringerung und Normalisierung der Bäckerspanne kann das Problem des Brotpreises aber nur zum Teil gelöst werden. Schließlich besteht ein bestimmtes, durch die Untkosten gebotenes Verhältnis zwischen Getreidepreis und Brotpreis. Durch Anwendung dieser Mittel ist der Getreidepreis in Deutschland mehr als doppelt so hoch als der Getreidepreis im Ausland. Dadurch sind wir zu einem Brotpreis gekommen, der der Kaufkraft der breiten Bevölkerung nicht mehr entspricht. Das ist aber ausschlaggebend. Man muß immer wieder feststellen, daß der Reichsernährungsminister Schiele auf allerlei Schliche verfällt, um die Öffentlichkeit über seine unhaltbare Getreidepreispolitik hinwegzuführen und die Verantwortung von sich abzumwälzen. Demgegenüber ist zu betonen, daß die gegenwärtigen Getreidepreise nicht mehr zu halten sind. Man wird der Frage einer Zollsenkung näher treten müssen, um in Deutschland einen Getreidepreis zu erzielen, der der Kaufkraft der breiten Bevölkerung gerecht wird.

Der Kampf um das Gold.

Scharfe Kontroverse zwischen Frankreich und England in Genf.

Genf, 23. September. (Eigenbericht.)

In der 2. Kommission des Völkerbundes kam es am Mittwoch zu einer scharfen Kontroverse zwischen Frankreich und England.

Der französische Finanzminister Flandin hielt eine Art hochtrabender Vuhpredigt von programmatischem Charakter für die französische Absichten. Einleitend sprach er von der überaus gleichen Sünde der Verschwendung auf Kosten der Zukunft. Bei der Krise suche jeder eine gemeinsame Lösung, die seinen egoistischen Interessen günstig sei. Bei dem Ruf nach Streichung der öffentlichen Schulden als einer wesentlichen Ursache der Wirtschaftskrise zielt man besonders auf die politischen Schulden, die eingegangen seien, ohne daß der Schuldner etwas dafür erhalten habe. Eine solche Verwendung beruhe mehr auf moralischen und politischen Erwägungen, denn auf einer reinen Finanzaktion. Das stärkste Finanzland habe jahrelang finanzielle Sicherheit gehabt, als seine äußeren Schulden viel größer als heute gewesen seien. Außerdem hätten die Schuldner innere Anleihen in den Gläubigerländern. Erleichtere man also das eine Budget, so werde das andere dadurch überlastet.

Flandin sprach dann von dem Mißbrauch der kurzfristigen Privatkredite zum Ersatz der langfristigen Anleihen. Vor allem müßten einmal die bestehenden Kredite erhalten werden durch rigorose Sparmaßnahmen als Quelle des Vertrauens. Die gemeinsame Aktion zur Stärkung dieses Vertrauens könne nur in Form einer internationalen Garantie erfolgen.

Eine sogenannte Neuverteilung der Goldbestände wies Flandin zurück.

Die Golddeckung sei ein automatischer Regularisator. Das sei falsch, weil die Voraussetzungen ihres Wirkens, nämlich das Vertrauen, verlagert haben. Was die praktischen Maßnahmen zur Herstellung des freien Warenaustausches anlangt, so müßten die reichen Länder den Kapitalarmen helfen. Aber eine Garantie dafür sei der gegenwärtige gute Glaube. Das bedeute, daß man die Schleusen des Friedens weit aufreizen müsse, wenn man diese Länder um eine große internationale Finanzierungsoperation angehe. Verlangt man von den reichen Ländern die Wiederherstellung des Produktionskredits, so müsse man vorher die Verluste der Kreditinflation und noch mehr den Geist der Inflation überhaupt liquidieren. Nach der Krise der Ueberproduktion herrsche wieder Mangel. Aber man könne schon die Heilung sehen, wenn man zu den einfachen Heilmitteln greife.

Sie Artur Salter-England polemisierte unter auffallend starkem Beifall der gesamten Kommission gegen Flandin. Die Verteilung der Bedeutung der ungleichen Verteilung des Goldes und der Reparationen könne nicht anerkannt werden. Nach seiner Anschauung habe die Vertrauenskrise stärksten politischen Charakter. Sie könne nur mit politischer Beruhigung, aber nicht durch starre Aufrechterhaltung gerade der Form beseitigt werden, die sie mit hervorgerufen hätte. Die Vorkonten sollten bis zur äußersten Grenze des Möglichen und Verantwortbaren für das starke Zahlungsmittelbedürfnis gehen. Eine Resolution der Vollerversammlung müsse neue politische und finanzielle Wege weisen.

Flandin entgegnete, er wolle sofort antworten, da er abreisen müsse. Eine solche Resolution sei wertlos, weil man sich nicht einig wäre und außerdem die Vereinten Staaten nicht daran beteiligt wären. Er wandte sich scharf gegen die inflationistische Tendenz Sallers. Die Deckungsgrundlage der Noten dürfe nicht verlassen werden. Für eine gemeinsame Arbeit sei auch er. Die psychologischen Wirkungen der Goldverteilung seien wichtiger, als Salter sie sehen wolle.

In China.



Der Chineser zum japanischen General: „Sie kommen zu spät. Meine eigenen Generale haben mich bereits bis aufs Hemd ausgeplündert!“

Kampf dem Hunger!

Die Erwerbslosenküchen in Frankfurt. — Ein Weg praktischer Hilfe.

In Frankfurt a. M. ist ein großes Hilfswerk aufgebaut worden, das in zunehmendem Maße die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf sich lenkt. Die schwere Not, die schon im vergangenen Winter die Gefahr des Hungers an die Wand malte, brachte in den an Selbsthilfe gewohnten Arbeiterkreisen den Gedanken an eine Art genossenschaftlicher Kücheneinrichtungen hervor. Zielmäßig gleichzeitig wurden damals in drei Arbeiterabteilungen lokale Erwerbslosenküchen eingerichtet: Jede dieser Küchen wurde von Erwerbslosen und deren Frauen völlig unentgeltlich — lediglich das Essen ist frei — bewirtschaftet.

Die Siedler bildeten mit der Küche einen Verein, an welchen jedes Mitglied je nach Vermögen einen Monatsbeitrag von mindestens 30 Pf. entrichtet. Befocht wird ein schmadhaftes Eintopfgemisch; kleine Familien erhalten 1 Liter, größere 2—3 Liter. Die Portion wird für 10 Pf. verabreicht, während die Selbstkosten 23 bis 25 Pf. betragen. Für die Differenz zwischen 10 und 23 Pf. tritt in erster Reihe der lokale Verein ein. Die gemeinnützige Wohnungsgesellschaft, die jene Siedlungen besitzt, hat im wohlverstandenen Interesse ihrer Mieter deren Leistungen verdoppelt und stellt vor allem die nötigen Vorkasse für die Küchen. Natürlich fehlte dann immer noch Geld und das wurde zunächst von allerhand Organisationen, wie Arbeiterwohlfahrt, Winterhilfe sowie von Privatpersonen gedeckt. Der Konsumverein trat vom ersten Tage an als Lieferant zu stark ermäßigten Preisen und somit als Helfer auf.

Der Versuch durfte nach einiger Zeit als geglückt bezeichnet werden, so daß andere Stadtteile ähnliche Gründungen vornahmen und zwar auch außerhalb von Siedlungen. Heute bestehen in Frankfurt a. M. bereits zehn solche Küchen und weitere zehn bis zwanzig sind in Vorbereitung. Die täglich verabreichte Portionenzahl ist im raschen Ansteigen; bis zu Beginn des Winters sollen 10 000 Portionen etwa 25 000 Menschen versorgen.

Natürlich hatte sich bald als notwendig erwiesen, eine einheitliche Stelle zu schaffen, an die sich die einzelnen Küchen wegen der Errichtung des Einkaufes, der Beratung und vor allem der Finanzierung wenden konnten. Aus diesem Grunde wurde vor einem Vierteljahr ein „Verein der Erwerbslosenküchen“ errichtet. Auch dort wird die außerordentlich große Arbeit völlig ehrenamtlich geleistet und zwar im wesentlichen von Frauen, wie denn überhaupt das Hauptverdienst des ganzen Werkes einer ebenso klugen wie energiegelichen Frau zu danken ist. Klugheit, ja Diplomatie ist für das Gelingen eines solchen Unternehmens deshalb nötig, weil es nicht leicht ist, den verschiedenen Richtungen und lokalen Eigenarten Rechnung zu tragen und sie alle unter einen Hut zu bringen. Heute ist es in Frankfurt so, daß neben der Arbeiterwohlfahrt auch die konfessionellen Verbände überall, je nach der Gegend mehr oder weniger aktiv mitarbeiten. Das war nur möglich durch das restlose Vertrauen in die Führung.

Die so wichtige Geldfrage ist bisher so gelöst worden, daß die einzelnen Küchenvereine örtlich möglichst viel Geld aufbringen, manche sich dank eines oder mehrerer örtlicher Protektoren fast selbstständig finanzieren, die meisten aber in der Regel größere Zuschüsse aus der Zentralkasse erhalten. Diese Zentralkasse ist bis heute restlos aus freiwilligen Beiträgen aller Bevölkerungsschichten gespeist worden, die entweder einmalige Beiträge oder aber, was wesentlich angenehmer ist, Monatsbeiträge geben. Es ist eine der angenehmsten Ueberraschungen gewesen, wie reichlich und wie gern gegeben worden ist und noch gegeben wird.

Die Bekämpfung des Hungers leuchtet eben jedem ein. Daneben hat aber großen Eindruck gemacht, daß hier die Selbsthilfe sich voll auswirkt. Nicht minder, und das darf nicht verschwiegen werden, ist die Einrichtung deshalb populär, weil Behörden und Bürokratie sich klug beiseite halten. Die völlig unentgeltliche Leistung aller Beteiligten macht nicht minder großen Eindruck.

Bis heute wandert jede einlaufende Mark zu 100 Proz. in den Topf.

(Das Zentralbüro samt Einrichtung wurde kostenlos von einer Siedlungsgesellschaft, ein großer Teil der Kochstiefel von Organisationen zur Verfügung gestellt usw.) Sehr angenehm wird es empfunden, daß nicht in Rostküchen, sondern daheim in der Familie gegessen wird.

Da man an derartigen Einrichtungen nicht nur mit Idealismus, sondern auch mit Rührerheit herangehen muß, so sei ausdrücklich für etwaige Nachahmer erwähnt, daß zur Verhütung naheliegender Menschlichkeiten, aber auch um Ordnung oder Klarheit zu bekommen, die Zentrale eine streng geleitete Re-

visionsabteilung hat; wenn ein derartiger „Revisionsverband“ nicht von vornherein funktioniert, so sind peinliche Ueber-räufungen nicht zu vermeiden.

Des weiteren kann nicht genug empfohlen werden, in der Propaganda für Beiträge sich mit Nachbarorganisationen, d. h. also vor allem mit der jetzt organisierten Nothilfe sich zu verständigen, schon um das Publikum nicht zu verwirren. In Frankfurt ist der Verein Erwerbslosenküchen als solcher in den Vorstand der Nothilfe eingetreten. Das bisherige Gelingen, auch das sei ausdrücklich betont, wäre nicht möglich gewesen ohne eine prachtvolle Unterstützung durch die Presse; jedes der großen Blätter delegierte ein Redaktionsmitglied in den Propagandaausschuß, der wie alle anderen Ausschüsse des Vereins zwar keine Sitzungen abhält, aber um so mehr arbeitet.

Frankfurts Beispiel verdient Nachahmung.

Und nun zum Schluß die grundsätzliche Frage: Wie soll sich Partei, wie Gewerkschaft zu der Frage von Erwerbslosenküchen stellen? In Frankfurt besteht darüber Einmütigkeit. Grundsätzlich vertritt man hier den Standpunkt, daß es Sache der Kommunen sein müßte, für die Bekämpfung der Nothilfe einzutreten. Man verschließt sich aber nicht der traurigen Wirklichkeit, daß dort, wo nichts ist, auch die Partei ihr Recht verloren hat. Wenn auch Partei und Gewerkschaften als solche von einer offiziellen Beteiligung an den Küchen (meiner Ansicht nach mit vollem Recht) ablehnen, so haben sie selbstverständlich in keiner Weise gegen eine aktive Beteiligung einzelner Parteigenossen und der Arbeiterwohlfahrt Einwendungen. Und diese Mitarbeit in führender Stelle wird hier namentlich draußen in Bezirken mit Eifer geleistet. Selbstverständlich erwartet die Organisation, daß das Personal nicht etwa ausgenutzt wird. Vor allen Dingen ist die unerlässliche Bedingung an der Mitarbeit für jeden Sozialdemokraten, daß die Tatsache des wohlfeilen Essens nicht etwa von der ohnehin so bedenklich niedrigen Unterstützung abgezogen wird. Diese Gefahr liegt nach den herrschenden Bestimmungen solange nicht vor, solange nicht öffentliche Mittel, sondern freiwillige Spenden das Hilfswerk stützen. Darum wird man sich vor Danaergehenken hüten müssen.

Die Frankfurter Zentrale ist heute schon damit vollauf beschäftigt, mündliche und schriftliche Auskünfte zu erteilen, sie wird auch interessierten Lesern des „Vorwärts“ gerne Rede und Antwort stehen, denn sie würde sich freuen, wenn sie Nachahmungen fände.

Ernst Kahn.

500 000 Berliner suchen Arbeit.

Aber die Reichsanstalt unterstützt nur den vierten Teil.

In der ersten Septemberhälfte hat sich die Arbeitsmarktlage im Bezirk des Landesamtes Brandenburg weiter verschlechtert. Die Zahl der Arbeit-suchenden erhöhte sich um 16 375, die Zahl der Unter-stützungsberechtigten aber nur um 3329. Der Zugang an Arbeitsuchenden entfiel fast ausschließlich auf Berlin, da hier im Gegensatz zu ländlichen Bezirken in keiner Berufsgruppe durch besondere Aufnahme-fähigkeit ein Ausgleich geschaffen werden konnte. In den Arbeitsamtsbezirken der Provinz Brandenburg und der Grenz-mark Posen-Westpreußen wechselten Zu- und Abgang und nur in den Bezirken Brandenburg a. d. Havel, Deutsch-Krone, Finsterwalde, Fürstenwalde, Guben, Küstrin, Luckenwalde, Rathenow, Schlochau und Züllichau-Schwiebus kann von einem Ausgleich innerhalb des Arbeitsamtes gesprochen werden.

Von den 837 394 Arbeitsuchenden entfielen 486 667 auf Berlin, auf die Provinz Brandenburg 139 269 und auf die Grenzmark Posen-Westpreußen 11 458 Personen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der ver-sicherungsmöglichen Arbeitslosenunterstützung betrug 170 784, in der Krisenfürsorge 157 574, zusammen 328 358 Personen. Von den Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung entfielen auf Berlin 121 905, auf die Provinz Brandenburg 45 221, auf die Grenzmark Posen-Westpreußen 3658. In der Krisenfürsorge betragen die entsprechenden Zahlen für Berlin 116 874, Branden-burg 36 974, Grenzmark Posen-Westpreußen 3736.

Von den Arbeitsuchenden wurden aus den Mitteln der Arbeits-lofenversicherung unterstützt in Berlin 25 Proz., in Branden-burg 32,5 Proz., in Posen-Westpreußen 32 Proz. Die „Reini-gung“ ist in Berlin also am radikalsten vorgenommen worden und liegt nicht nur unter dem Durchschnitt des Landesamtes, sondern auch weit unter dem Durchschnitt des Reiches.

